

Bezugspreis.

Wöchentlich 75 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark... Unter Abrechnung für Deutschland, Ostpreußen, Polen, Litauen, Lettland, Estland 4.50 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Kimmelt', 'Frauenstimme', 'Der Rindbock', 'Jugend-Vorwärts' und 'Welt in die Bilderwelt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 20 Pfennig, Reklameweile 5. - Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' des Freitagblattes... jedes weitere Wort 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro... abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonntag, den 26. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertikalkonto: Berlin 37 534 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Postkontokonto: Postfach 10000, Berlin SW. 68.

Saar und Völkerbund.

Die Wünsche der Bevölkerung für die Märztagung des Rates.

Saarbrücken, 25. Februar. (Eig. Bericht.)

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, der Kanadier Stephens hat anlässlich seines Rücktrittschreibens an den Völkerbundrat den Saarbrücker Korrespondenten des 'Soz. Pressedienstes' empfangen und als die einzigen Gründe seines Ausscheidens aus der Verwaltung des Saargebietes Gesundheitsrückichten und die Notwendigkeit zur Rückkehr nach Kanada zur Vermögensverwaltung seiner Besitztungen, die nach 3 1/2 Jahren Abwesenheit seine persönliche Anwesenheit erfordern, bezeichnet.

Durch den Rücktritt des Präsidenten Stephens gewinnt die Märztagung des Völkerbundrates eine noch weit größere Bedeutung als sonst. Die Wieder- bzw. Neuwahl der Regierungskommission des Saargebietes ist z. B. bei der diesmaligen Ratsagung an einem entscheidenden Punkte angelangt. Das letzte Jahr der Saarverwaltungspraxis unter einem neutralen Präsidenten hat gezeigt, daß wichtiger als die Befegung des Präsidentenpostens die Zusammensetzung der Regierungskommission in ihrer Gesamtheit ist.

Samen Bevölkerung als weit wichtiger betrachtet wie die Ernennung des Deutschen in der Kommission zum Präsidenten. So sehr auch eine derartige Ernennung ein Prestigeerfolg Deutschlands und der um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Saarbevölkerung sein würde, so wäre das doch viel zu teuer erkauft, wenn damit die Ansprüche Deutschlands und des deutschen Saargebietes bezüglich der weit wichtigeren Zusammensetzung der Regierungskommission als erledigt betrachtet werden müßten.

Auf Grund des Saartatuts setzt sich die Regierungskommission zusammen aus einem Franzosen (Morize), einem im Saargebiet geborenen Deutschen (Cohmann), und drei Vertretern aus 'neutralen' Staaten. Augenscheinlich sind diese drei Vertreter der Belgier Lambert, der in seiner rechtsliberalen Einstellung profranzösisch gesinnt ist, der Tschechoslowake Bezzenst, der teils für Frankreich, teils vermittelnd gestimmt hat und der jetzt ausscheidende Kanadier Stephens, dessen absolut neutrale Haltung von der gesamten Bevölkerung anerkannt wird.

Das große Unrecht.

Retrogene Sparer.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Die Art, wie die erste von den Deutschnationalen geführte Rechtsregierung im Sommer 1925 die Aufwertungsfrage 'gelöst' hat, ist von vielen Deutschen sachlich als ein großes Unrecht empfunden worden. Parteipolitisch gesehen war es nicht nur ein Unrecht, sondern ein Verbrechen, die Millionen enteigneter Sparer mit uferlosen, zum Teil durch Namensunterschriften der Wahlkandidaten besiegelten Versprechungen vor den deutschnationalen Karren zu spannen, um hinterher den schmächtigsten Verrat an ihnen zu begehen.

Nun sind mehr als 1 1/2 Jahre seit dem Inkrafttreten der Gesetze verstrichen. Ihre Durchführung ist im Gange. Verühigung ist aber nicht eingetreten. Im Gegenteil! Gerade bei der Durchführung stellt sich das furchtbare Unrecht mit aller Kraft heraus. Zu dem sozialen Elend, das dieses Aufwertungsrecht über unzählige Volksgenossen gebracht hat, gesellt sich eine Fülle juristischer Widersinnigkeiten.

Der Versuch der Sparerverbände, die Aufwertungs Gesetze durch ein Volksbegehren zu ändern, ist an dem Widerstand des Kabinetts Marg-Curtius-Külz gescheitert. Mit dem verfassungswidrigen Verbot des Volksbegehrens ist aber der Kampf um die Verbesserung der Gesetze nicht unterdrückt. Beweis: die zahlreichen Anträge im Reichstag. Die weitestgehenden Anträge sind die des Abgeordneten Dr. Best, den die Deutschnationalen aus der Fraktion hinauswarfen, als er verlangte, daß sie ihre Wahlversprechungen erfüllen sollten.

Wenn diese schon vor vielen Monaten eingebrachten Anträge bisher noch unberührt im Schöße des Reichstags ruhen, so hat das keinen Grund darin, daß Dr. Best selbst kein routinierter Parlamentarier ist und die in völliger Zerlegung begriffene völkische Gruppe, der er sich als Hospitant angeschlossen hat, an der Erledigung seiner Anträge kein Interesse hat. Die Großgrundbesitzer, die ihre Hypotheken mit Papiersegen zurückbezahlt haben, würden dem völkischen Häuptling v. Graefe über auspielen, wenn er ihnen eine erhöhte Aufwertung zumuten wollte.

Neben den Anträgen Bests liegen dem Reichstag eine Reihe Anträge verschiedener Fraktionen vor, die nicht die Grundlagen, sondern nur Einzelfragen der Aufwertungs Gesetze ändern wollen. Ein Initiativgesetzentwurf der Deutschnationalen läßt die Aufwertung unberührt, will aber den Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf eine feste Rente einräumen. Neuerdings ist dazu noch ein Gesetzentwurf der Juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen gekommen. Auch dieser Entwurf will, wie in der Begründung gesagt wird, an den Grundlagen der Aufwertungs Gesetze nicht rütteln, sondern nur einzelne Punkte herausgreifen, die vorwiegend juristischer Art sind.

Die sozialdemokratische Fraktion hat es abgesehen, die Sparer und Gläubiger mit Anträgen, die nur Schaugerichte sind, zu täuschen. Abgesehen von einigen die verwaltungsmäßige Durchführung der Anleiheablösung betreffenden Anträgen, mit denen kleine Verbesserungen erreicht wurden, hat sie selbst zunächst keinen Antrag gestellt, wohl aber die alsbaldige Beratung der Anträge der anderen Parteien verlangt, um dabei auch ihre Abänderungsvorschläge machen zu können. Dabei stellte sich deutlich heraus, wie wenig Interesse sämtliche Antragsteller an der Erledigung ihrer Anträge hatten. Es wurde nicht dem sozialdemokratischen Vorschlag entsprochen, alle Anträge an den Aufwertungs Ausschuss zu verweisen, die sie sofort hätte in Beratung nehmen können, sondern beschlossen, sie an den Rechtsausschuss zu verweisen. Wie von der Sozialdemokratie vorausgesetzt wurde, blieben die Anträge hier monatelang liegen. Wiederholt wurde der Termin für den Beginn der Beratungen hinausgeschoben. Der Grund dafür ist in der allgemeinen Finanzdebatte des Reichstags genannt worden: Die Bürgerblockregierung und die hinter ihr stehenden Parteien wollen, wie sie eindeutig erklärten, die Aufwertungs Gesetzegebung in ihren Grundlagen nicht antasten lassen. Es soll dabei bleiben, daß der Hypotheken- und Anleihegläubiger ganz oder nahezu ganz enteignet ist, während der General des alten Heeres seine aufgewertete Pension bis zu 2000 M im Monat bezieht. Es soll dabei bleiben, daß die Renten beispiellos glänzende Geschäfte machen, aber von jeder Aufwertung ihrer Gläubiger verschont

Das Befinden des Genossen Löbe.

Gestern abend: zufriedenstellend.

Bei der Untersuchung des Genossen Löbe gestern abend 7 Uhr stellten die Ärzte fest, daß der Befund zufriedenstellend ist. Die Stimmung des Patienten ist gut.

Stahlhelm marschiert nach Berlin.

Generalprobe für den Putz.

Die offizielle Zeitschrift des Stahlhelm veröffentlicht eine Rede, die sein Führer Seldte am letzten Sonntag in Hamburg gehalten hat. Danach hat Seldte über den großen Stahlhelm-Aufzug in Berlin, der für den 7. und 8. Mai geplant ist, folgendes gesagt:

Wir haben die Absicht, mit den Drien unserer Tagungen zu wechseln, um die Idee des Stahlhelm tiefer hineinzutragen in unser Volk. Wie wir im vergangenen Jahr bei der Düsseldorf Tagung 80 000 Frontkämpfer an den Rhein warfen, so wollen wir dieses Jahr 100 000 Frontkämpfer nach dem roten Berlin werfen, damit man es dort merkt, daß es nicht nur rote Kassen gibt. Wir werden in Ruhe nach Berlin gehen und in Ruhe von Berlin gehen. Aber eines Tages gehen wir nach Berlin und bleiben dort.

Mit dieser Rede hat der Stahlhelmführer Seldte die Verantwortung für die Wetterungen übernommen, die sich aus der Abhaltung eines Stahlhelmtages in Berlin ergeben können. Er hat mit größter Deutlichkeit ausgesprochen, daß das Unternehmen als Herausforderung der Bevölkerung Berlins, als eine gegen sie und gegen die bestehende Verfassung gerichtete Drohung beabsichtigt ist. Der letzte Satz — eines Tages gehen wir nach Berlin und bleiben dort — kann gar nicht anders aufgefaßt werden, denn als eine bewusste Anspielung auf den Marsch Ehrhardts nach Berlin oder den Marsch Mussolinis nach Rom. Und wenn es auch nur blöde Renommisterei sein sollte, mit der man dummen Jungen eine Freude machen will — der Stahlhelmführer Seldte bezeichnet deutlich seinen Marsch nach Berlin als die Generalprobe für einen Putz.

Der Stahlhelmführer Seldte muß wissen, daß er mit seinen Worten eine Brandfackel in die friedlich gesinnte republikanische Bevölkerung Berlins hineingeworfen hat. Die Verantwortung, die er damit übernommen hat, muß schon jetzt vor aller Öffentlichkeit festgestellt werden.

Eine 'Lokal-Anzeiger'-Falschmeldung. Die vom Berliner Lokal-Anzeiger verbreitete Nachricht, daß der Senatspräsident am Kammergericht Dr. Schmidt-Lichtenberg die Geschäfte des preussischen Justizministeriums übernommen habe, trifft nicht zu.

Neue Truppenlandungen in Schanghai.

Riesige Protestkundgebung in Hankau.

London, 25. Februar. (Eig. Drahtber.) Britische Truppen haben am Freitag in der 'äußeren Verteidigungslinie' von Schanghai Stellung genommen. Unter anderem wurden auch Maschinengewehre an der Grenze der internationalen Konzessionen in Stellung gebracht. In Schanghai wurden weitere japanische und italienische Truppen gelandet, ebenso trafen am Freitag drei amerikanische Zerstörer ein. Der britische Truppentransportdampfer 'Fragilla' hat Freitag Hongkong berührt und ist sofort nach Schanghai weitergefahren.

In Hankau fand am Freitag eine ungeheure, mittel-tägiger Arbeitsruhe verbundene Demonstration der Arbeiter gegen den 'ausländischen Imperialismus' statt. Die Demonstranten zogen durch das Gebiet der ausländischen Konzessionen. Zusammenstöße waren nicht zu verzeichnen.

Weiterer Vormarsch der Südsinesen.

London, 25. Februar. (Eig.) Nach den letzten Meldungen aus Schanghai hat das Gros der kantonesischen Streitkräfte die Stadt Kajiang besetzt, die die Truppen des Gouverneurs von Schanghai gestern vor dem Abzug in Brand gesteckt hatten. Die Vorhut der Kantonesen habe bereits die Stadt Sunkiang erreicht, die die letzte Verteidigungsstellung Suns bedeute. Die Einnahme Sunkiangs ist jedoch noch nicht offiziell bestätigt. Die Nordtruppen befinden sich immer noch im Rückzug auf Schanghai. Sämtliche unterwegs postierte Ortschaften wurden geplündert. 10 000 Soldaten der Armee Tschang sind heute abend durch Schanghai marschiert, um den auf dem Rückzug befindlichen Schanghai-Truppen Hilfe zu bringen.

Zerfall der Armee Wupeifu in drei Teile.

Paris, 25. Februar. (Eig.) Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai berichtet, haben die Generale der Wupeifu-Truppen, die im Honangebiet operieren, in Tschang-Schau einen Kriegsrat abgehalten und nach Kenntnisnahme des Programms Tschang-Schou sich in drei Gruppen geteilt. Die erste, Wupeifu treue Gruppe besteht aus sechs Divisionen, die zweite, die zusammen mit den Nordtruppen (Tschang-Schou) operiert, ebenfalls aus sechs Divisionen und die dritte, die mit den Nordtruppen vorgeht, aus fünf Divisionen.

China will in Genf antworten.

Genf, 25. Februar. (Eig.) Der erste Delegierte Chinas beim Völkerbund, Tschu, hat dem Generalsekretär mitgeteilt, daß er vom chinesischen Ministerium des Äußeren die Weisung erhalten habe, dem Generalsekretariat des Völkerbundes zur Kenntnis zu bringen, daß sich China des Rechts vorbehalt, auf das am 18. Februar dem Generalsekretariat zu Händen der Völkerbundmitglieder übergebene britisch-chinesische Memorandum zu antworten.

sind. Das widersinnliche Lotteriesystem der Anleiheablösung soll unverändert fortbestehen. Den Industriedirigenten an der Ruhr konnten 700 Millionen gependet werden, die Besitzer aller Industrieobligationen aber gehen leer aus oder werden mit Bettelstiefeln abgepeist. Die Versicherungsgesellschaften blühen und gedeihen, die Alterssicherten aber sollen weiter hungern. Die Sparfaisengläubiger sollen mit Brosamen abgefunden oder völlig abgewiesen werden. Die Deutschnationalen sind nach ihrem Eintritt in die Regierung sogar schon von ihrem Rentnerverorgungsantrag abgedrückt. Das Verlangen der Sozialdemokratie nach rascher Erledigung dieses Antrags beantwortete der deutschnationale Redner mit der Erklärung, sie mühten sich erst mit den übrigen Regierungsparteien besprechen. Wenn im Reichshaushalt Ueberschüsse erzielt würden, müsse zugunsten der Rentner „etwas geschehen“.

So ähnlich ging es auch vor zwei Jahren, als die Deutschnationalen das erstmalig die Regierung angehörten. Sie wehrten sich mit allen Kräften gegen die Annahme ihrer eigenen Anträge und verleugneten alles, was sie wenige Wochen vorher ihren Wählern versprochen hatten. Eine Aussprache über das große Unrecht wird aber den Parteien des Bürgerblocks nicht erspart bleiben. Verhindern sie dann die Wiederholung der schlimmsten Härten, so werden schließlich die Wähler ihr Urteil zu fällen haben.

Um den Finanzausgleich.

Uneinigkeit der Regierungsparteien.

Der Steuerauschuß des Reichstages sollte am Freitag mit der Beratung der Ueberschussregelung zum Finanzausgleich beginnen. Da aber trotz monatelanger Besprechungen die Regierungsparteien unter sich immer noch nicht einig geworden sind, wurde auf Vorschlag des Abg. Dr. Bräuning (Z.) die Beratung bis zum Wiederbeginn der Reichstagsarbeiten am 9. März vertagt.

Um die drohende Mietenerhöhung zum 1. April 1927 zu verhindern, beantragte Abg. Reil (Soz.) die sofortige Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Verlängerung des Sperrgesetzes um ein Jahr, damit die Reichsregierung noch vor der Beratung des Reichstags aufgefordert werden könne, ihre dem Reichsrat zugewandene Verordnung zurückzuziehen. Es wurde beschlossen, den sozialdemokratischen Antrag am Sonnabend zu beraten.

Im vergangenen Jahre sind die Voraussetzungen der Kraftfahrzeugsteuer für außerordentliche Wegeabnutzung durch einen Zuschlag von 25 Prozent erhöht worden. Eine Verordnung der Reichsregierung schlägt die Verlängerung dieses Zuschlags bis zum 31. März 1928 vor. Der Ausschuß stimmte dem zu.

Ein verurteilter Verleumder.

Zwei Monate Gefängnis für einen böstlichen Redakteur.

Essen, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das in Essen erscheinende „Freie Wort“ hatte den früheren Vorwärtsredakteur Gen. Ruttner in einem Artikel, erschienen im Juli 1926, mit unerschönten Verleumdungen angegriffen. So hatte das Skandalblatt u. a. behauptet, Ruttner habe während der Kämpfe um Verban eine große Angst gezeigt, er habe in Berlin bei den revolutionären Kuffständen 1919 im Hinterhaus des „Vorwärts“ einen Arbeiter erschossen und sei bei einer Dortmund-Verammlung von den eigenen Parteigenossen aus dem Saale geworfen worden. Wegen dieser Verleumdungen stand der Schriftsteller des „Freien Wortes“, Dr. Karl Arnold, am Freitag, dem 25. Februar, vor dem Essener Schöffengericht, das den böstlichen Verleumder nach längerer Verhandlung wegen seiner unwahren Behauptungen zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilte.

Der Staatsanwalt ging in schärfster Weise gegen den Angeklagten vor. Er sprach von einer gänzlichen Entstellung der tat-

sächlichen Vorkommnisse und warf dem Angeklagten vor, daß er seinen Artikel nur aus verleumderischer Absicht geschrieben habe, um den politischen Gegner herabzusetzen. Von seinen Behauptungen sei auch nicht das geringste erwiesen, der ganze Artikel beruhe nur auf Mutmaßungen. Ruttner, der als Nebenkläger zugelassen war und in einer glänzenden Beweisführung das Standbildchen an den Pranger stellte, wurde die Publikationsbefugnis des Urteils in der Essener Presse zugesprochen.

Beschimpfung der Republik vor Gericht.

300 Mark Geldstrafe.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Burkert hatten sich gestern der Schauspieler und Schriftsteller Josef Franz Gärtner und der Verlagsangestellte Max Winkler wegen Beschimpfung der Republik zu verantworten.

Anlaß zu dem Prozeß gab eine Protestkundgebung linksgerichteter Verleger am 10. September 1926 im ehemaligen Herrenhause, die dem Gefeßentwurf zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz und Schund galt. Auf dieser Kundgebung sprach auch Gärtner. Nachdem er eine Reihe von Monarchisten aufgezehrt hatte, die ungestraft für sich das Recht in Anspruch genommen hatten, gegen die Republik zu plottieren, sagte er u. a.: „Ich möchte sie aufrufen zum Kampf gegen alle meinelidigen Beamten der Republik und gegen alle meinelidigen Behörden der deutschen Republik.“ Und weiter hieß es: „Zum Kampf möchte ich Sie auffordern gegen diese erbärmliche deutsche Republik, weil sie keine Republik mehr ist, sondern nur noch eine republikanische Monarchie.“ Diese Rede wurde dann zusammen mit allen anderen Reden dieser Kundgebung von der Vereinigung linksgerichteter Verleger unter der Verantwortung von Max Winklers herausgegeben. Die Broschüre trug die Ueberschrift: „Weg mit dem Schmutz- und Schundgesetz.“ In den ersten beiden oben angeführten Sätzen erblühte aber die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Das Gericht verurteilte wegen der Bezeichnung „erbärmliche deutsche Republik“ Gärtner zu 300 M. Geldstrafe und Winkler zu 100 M. Geldstrafe.

Der Fall Machan.

Der Bremer Senat verteidigt die Sittenpolizei.

Bremen, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Bremer Parlament wurde am Freitag die sozialdemokratische Interpellation über den Fall Elisabeth Kolmat-Machan beantwortet. Die Antwort brachte nahezu nichts, was nicht schon längst in der Öffentlichkeit bekannt gewesen ist. Sie stützt sich ausschließlich auf die Angaben der Polizei, die in diesem Fall in erster Linie Beschuldigte ist. Die Angaben in dem Buch der Mutter über die Erfahrungen, die die Tochter bei ihrem ersten Zusammentreffen mit der Sittenpolizei gemacht hat, werden bestritten; es habe sich nicht feststellen lassen, daß Beamte mit dem Mädchen solche Gespräche geführt haben, wie sie in dem Buche behauptet werden. Aber das Mädchen habe zugegeben, mit zwei Herren verkehrt und von einem nachher Geldgeschenke angenommen zu haben.

Ueber den Gang der Dinge nach dem Tode des Mädchens erklärt die Antwort des Senats, die Kriminalpolizei habe von dem angeblichen Tagebuch der Elisabeth Kolmat im November 1925 zuerst Kenntnis erhalten. Die Angaben über die Polizei hätten sich bei deren Nachprüfung als falsch erwiesen. Als dann das Buch erschienen sei, habe die Kriminalpolizei nochmals eine eingehende Prüfung vorgenommen. Hierbei habe sich ergeben, daß das Mädchen häufiger Verkehr gegen Entgelt gehabt habe, und auch die Mutter sei dringend der Kuppelerei in bezug auf ihre Tochter verdächtig geworden. Die Staatsanwaltschaft habe daraufhin Voruntersuchung gegen Frau Kolmat eingeleitet und Haftbefehl erlassen.

Siedlungsland aus dem Meere.

Preußen gewährt 5 Millionen Kredit für Landgewinnung. Veranzichung zahlreicher Erwerbslosler.

Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten an der Nordküste in den Regierungsbezirken Schleswig und Kurich überwiesen, wonach dem Staatsministerium ein Betrag von 5 Millionen Mark für den genannten Zweck zur Verfügung gestellt werden soll. Der Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen.

Diese neue Kreditgewährung lenkt wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf den jähen Kampf, den der Mensch mit dem Meere um das Land führt. An der schleswig-holsteinischen und an der ostpreussischen Küste, wo der preußische Staat das Recht auf das durch die Zurückdrängung des Meeres gewonnene Land (Anlandungsrecht) hat, kann sich die Staatsregierung mit besonderem Erfolge dieser Aufgabe widmen. Jahrzehntelange systematische Arbeiten haben an der schleswigischen Westküste die Erschließung von insgesamt 3250 Hektar Neuland ermöglicht. Sobald die dem Meere abgerungenen Moorlandbereiche hoch und groß genug sind, werden sie mit einem Deich umgeben, um sie so der dauernden Kultur zu erhalten.

Der Wert des gewonnenen Landes erreicht eine Höhe von 1000 bis 1500 M. für das Hektar im unbebauten, und von 4000 bis 5000 M. für das Hektar im bebauten Zustande. Die Landgewinnungsarbeiten tragen wesentlich zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugung bei und sollen es ermöglichen, zahlreiche neue lebensfähige Siedlungen zu schaffen. Ferner sichern die Anlagen in besonders wirksamer Weise die Küste und damit dieses hochwertiges Kulturland vor den zerstörenden Angriffen der Fluten, so daß dadurch wesentlich an Kosten für den dem Staat obliegenden Küstenschutz gespart wird.

Die Landgewinnungsarbeiten sind, solange die wirtschaftlichen ungünstigen Verhältnisse andauern, noch dadurch besonders bedeutungsvoll, daß sie in den Frühjahrs- und Vor Sommermonaten die Beschäftigung zahlreicher Erwerbsloser gestatten, die später in der Ernte Aufnahme bei der Landwirtschaft finden. Die erforderlichen Arbeiten, die bei günstigem Wetter bis in den Winter hinein fortgesetzt werden, tragen auch nach Beendigung der Hauptarbeiten in der Landwirtschaft wesentlich zur Vinderung der sozialen Notlage der Arbeiterschaft in der Marsch und in den dahinter liegenden Dörfern während der ungünstigen Jahreszeit bei.

Litauen fordert Wilna.

Auch in der Regierungserklärung.

Riga, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der litauische Sejm trat am Freitag zum erstmalig nach dem Staatsstreich wieder zusammen. Ministerpräsident Woldemaras verleserte in der Regierungserklärung, alle Litauer seien sich darin einig, daß Litauen ein unabhängiger Staat mit Wilna als Hauptstadt sein müsse; eine engere Verbindung mit einer Großmacht könne nicht in Frage kommen. Das Verhältnis zu Polen sei durch das Memelabkommen besser geworden. Litauen werde nichts von seinen Rechten ohne schärfsten Kampf ausgeben und vor allem werde Russland niemals zulassen, daß die Karte Osteuropas auf Kosten Litauens geändert werde. Dieseligen Großmächte ständen Litauen am nächsten, die es in seinen Bestrebungen um Wilna unterstützen. Woldemaras sprach weiter die Vermutung aus, daß Polen einen neuen Ausgang zur Offise suche, weil es seit dem Abschluß des Locarnovertrages mit der Möglichkeit eines Verlustes des Korridors und der Stadt Danzig rechne.

Nicht Gallicus, sondern Gallien heißt der französische General, der im Herbst 1914 Paris erfolgreich verteidigte. Die meisten Leser wissen es noch, aber unser Seherstab hat es schon vergessen.

Durchbruch zum Schlaraffenland

Von Alfred Frietze.

Es handelt sich um einen Jüngling aus Niederpöbel, einer Stadt, die nirgends anders als in Sachsen liegen kann. Und es ist nicht anders sein, als daß auch der Jüngling aus Sachsen stammt.

Oben, an der Wasserfront, waltete er herum. Nach dem nachts den Bauern in die Scheunen, und am Tage malte er Bilderchen. Manchmal kausen ihm die herumlungenden Sommerfrüßler, die ihm beim Rollen über die Schulter lugten, ein paar Bilder ab. Für ein paar Groschen. Weil es doch so romantisch war, von einem waldenden Jüngling, der Bilder malte — beinahe wie ein Künstler — ein Andenken mitzunehmen. Dazu so billig.

Eines Tages traf ihn ein Berliner Mädchen, das ebenfalls „unterwegs“ war. Ganz allein. So was gibt es. Das war die Meta, die meistens einen „Sich“ hat, aber zeitweise von Vernunft bedrückt wird. Und der Jüngling aus Niederpöbel hatte Glück. Meta war, als sie ihn traf, geradezu mit Vernunft gezeichnet und erkannte das Genie der sächsischen Seele, die sich in dem Jüngling herrlich offenbarte: er konnte gut malen und war ein großer Töpel.

Meta (sie ist im Nebenberuf Säuglingschwesler) fuhr nach Berlin und schickte dem Jüngling, der in einem Fischerdorf schon auf das Jagdgesch warte, einen dicken Brief. Eines Tages war der Jüngling da. Lang, groß, schlaf, ausgehungert. Die Haare reichten ihm bis auf die Schultern, und um sein Mann stimmerten goldene Härden. Dazu hatte er noch sehr dünne Beine, aber hüblöse rote Backen und glänzende blaue Augen.

Meta rief uns alle zusammen. In ihrer Bude besaunteten wir ihn. Dann füllten wir einstimmig das Urteil: Artur — so hieß er — ist ein großer Töpel und wird ein großer Maler werden.

Ein Bett in einer Kammer war bald für ihn beschafft. Auch Arbeit. Für den Anfang. Mit der Schippe in der Hand buddelte er in Berlin an der Untergrundbahn herum. Mit seinen Kollegen kam er gut aus, wenn sie auch nicht wußten, mit wem sie es eigentlich zu tun hatten. Romischer Kerl, der nachts malte und am Tage an der Untergrundbahn herum buddelte — die Proleten witterten nichts in ihrem Bruder. Es ging aber. Ein Sachse ist nie verloren.

Eines Tages schmitz er den Spaten hin. Das brachte ihm wohl etwas Geld ein, aber verkaute ihn die Finger. Und er war ein Maler. Unglücklich, was er malte, und wie er hungerte. Denn im Laufe der Zeit verlor sich mancher Freund — nur ein paar blieben, und die hatten auch nichts. Also lebte Artur von dem Selbstbewußtsein, das er als Sachse und als Maler hatte. Sonst aber als er Brot und Zucker. Monate, Monate, Monate. Und malte, Jigaretten und blauen Zigaretten. Eines Tages klappte es: wir hatten ihn zu bekannten Malern hingeschickt und hingeschickt; denn ehe er allein die Treppen hinaufging. . . Als

er wiederkam, hatte er frohe Botshaft: er erhielt in einer berühmten Moserchule eine Freistelle. Und dort malte er: Blumen, Töpfe, Tiere, schöne Frauen und starke Männer. Seine Lehrer waren von ihm begeistert. Wir auch. Wir schleppten Stullen zu ihm hin. „Froh und mohl!“ war die Parole. Monate, Monate, Monate hindurch. Er malte, radierte, schnitt Bilder in Vinoseum und Holz. Und gestern sagte er mir: Ein bekannter Verlag hat ihm vier große Bilder abgekauft. Zwei andere Verleger verhandelten mit ihm. Das war gestern früh. Er schrieb nur Jubel und war dann verschunden. In eine Fischbaustube hinein, von deren Existenz man schon eine Querstraße vorher etwas roch. Und abends lag er noch da. Vor dem sechsten Tischlolett. Er genoh sie im Zeitlupentempo — ah für Monate, Monate, Monate, die hinter ihm lagen und noch vor ihm sein werden. Dann gingen wir los und tranken irgendwas roten Wein. Neben Artur sah ein Rädel. Er hatte eine Freudin! Er, der, als er vor der Wasserfront kam, wie ein Esel vor den Mädchen stand. Und hätte es doch gar nicht nötig gehabt. Aber jetzt ist er ein Kerl, der ein mildes, feines, blondes Rädel hat. Solch ein Kerl ist er. Und ein richtiger Maler. Schon zur Hälfte. Wartet, der ganze steht bald vor euch!

Spät nach Mitternacht gingen wir auf seine Bude. Dort zählten wir sein Geld. Sein Geld! Dann drehten wir das Grammophon an und ließen es spielen: „So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage. . .“

Denn Artur wird gehen und taunen, was er sich jetzt nicht pumpen braucht: Petrolseum, Margarine, Käse, Farbe, Leinwand, Vinoseum und Holz. Und seine Riete für die vergangenen Monate kann er auch bezahlen.

Das ist eines Proleten Durchbruch zum Schlaraffenland.

Der gesunde Eros. Der Amerikaner, natürlich der hundertprozentige und nicht etwa ein Bindestrichamerikaner, ist auch in puncto Liebe kühl bis an die Herzspitze. Die Folge davon ist natürlich, daß er, um überhaupt einigermaßen in Liebeschwung zu kommen, keiner Simulation bedarf, die der Europäer leichter vermissen kann. Die Theaterdirektoren von New York wissen das, und sie pflegen dort eine Muse, die reichlich leicht geschürzt ist. Über nichtsdestoweniger kann man ihnen kaum den Vorwurf machen, daß sie vielleicht mehr wie andere Theaterdirektoren auch auf eine gewisse Lustreue des Publikums spekulieren. Die Polizei in Amerika scheint aber bei ihren New Yorker Theaterdirektoren einen bemerklichen Mangel der Einschätzung für das, was man den „moralischen“ Amerikanern bieten kann, feststellen zu müssen. Am 12. Februar d. J. wurde den Direktoren dreier größerer Theater in New York die überraschende Mitteilung gemacht, daß man nach Schluß der Vorstellung 41 Billigliebhaber der Bühne kurzerhand verhaften würde. Ferner wurden die Stücke, die zur Verhaftung angeführt hatten, verboten. Auf den Einspruch der Theaterdirektoren hin gelang es zwar, das Verbot solange aufzuheben, bis eine gerichtliche Entscheidung darüber gefällt worden ist, aber damit war die Sache auch noch nicht erledigt. Zunächst hat man sich einen der Dichter und 7 Schauspieler, die an dem Stück „virgin nua“ beteiligt waren, vorgeknüpft und sie wegen

Korruption und Untergrabung der Sittlichkeit der Jugend unter Anklage gestellt. Dasselbe Stück ist unter einem anderen Titel in London eine ganze Weile vollkommen unbeanstaltet aufgeführt worden. Das Wertwürdigste an der Sache war, daß der amerikanische Richter als Sachverständigen einen Polizeiobermeister hatte, den man extra zur Aufführung des Stückes in das Theater geschickt hatte, um dort das vorgeschriebene Vergernis zu nehmen. Der Anstoß bestand darin, wie sich der Wachmeister ausdrückte, die Heiden habe „häufig verurteilt, den Heiden zu küssen“. Der Polizist mit dem „normalen Bürgerinstinkt“ und der hochartige Eros zusammen auf einer Photographie, das wäre ein Anblick für Götter.

Der Rekord des verriegeltesten Romanschriftstellers. Amerika wird vor Reid verblüffelt. Denn ein belgischer Journalist, George Sim, will demnach in Paris einen Rekord aufstellen, der seinesgleichen suchen wird. Er will sich in einem geräumigen Glasloft einschließen lassen und dort binnen 40 Stunden einen Roman zu 15 000 Seiten schreiben. Damit niemand Schwindel rufen kann, ist es dem p. t. Publikum überlassen, das Thema selbst zu stellen. Kollege Sim ist zu allem fähig: er wird sowohl die blutige Hand auf der Kirchhofsmauer, die Verlobung auf dem Meeresgrund oder ein anderes wie immer geartetes Thema dichterisch behandeln, das ihm überreicht wird, bevor der Rotor vor Zeugen den Glasloft verriegelt. Besagter Monsieur Sim ist überhaupt ein Mordseker, ungeachtet seiner vierundzwanzig Jahre. Er betreibt seine Schriftstellerei mit Hochdruck, oder will es etwa nichts heißen, daß dieser Heilige Autor fünf Dutzend Liebes- und Abenteuerromane und mehr als tausend Kurzgeschichten produziert hat? Er ist überhaupt fürs Rekordaufrücken; seine Romane nicht er, sondern, nach Kilometer, und er rümt sich, daß er in einer Stunde vierhundert Schreibmaschinenzellen liefern kann. Herr Sim scheint berufen, einst der Vairon aller jener Journalisten zu werden, denen die Fügigkeit alles ist.

Eine Autohaufler über New York. Der Verkehr in der New Yorker Innenstadt, der die menschlichen Bedale zum sichersten und schnellsten Fortbewegungsmittel erhoben hat, wirft Probleme auf, die der üblichen Verkehrsregelung spotten. Man will sie jetzt lösen durch die Herstellung eines neuen Verkehrsnetzes in sieben Meier Höhe über der Stadt, der für den Autoverkehr relevanter bleiben soll. Diese Autostraße in der Luft soll rund 6½ Kilometer lang und etwa 30 Meter breit sein und vom neu gebauten Hudsonkanal am Ufer des Hudson entlang bis zur 72sten Straße führen. Als Baumaterial sollen Stahl und Eisenbeton dienen. Die Breite dieses Luftweges ermöglicht sechs Wagenreihen die Passage nebeneinander. Die vier mittleren Reihen sollen dem Schnellverkehr mit über 50 Stundenkilometern vorbehalten bleiben. Langsamere Wagen müssen die äußeren Streifen benützen. Kreuzungspunkte sind nicht projektiert, dagegen eine Anzahl breiter Auffahrten zur Luftstraße.

Nach den Berechnungen der Verkehrsingenieure können über jeder der vier Schnellverkehrsstraßen jährlich rund 1000 Autos verkehren, über jede der äußeren Linien 500. Das macht zusammen eine Stundenbeförderung von 5000 Autos aus, übertrifft also die gegenwärtige Kapazität der New Yorker Hauptverkehrsstraße, der Fifth Avenue, um das Doppelte.

Die Verwirklichung des gigantischen Planes soll nur etwa 25 Millionen Dollar kosten, ist demnach für amerikanische Begriffe billig und gesichert.

Mehr Schutz der Arbeitskraft!

Sozialdemokratische Kritik am sozialpolitischen Regierungsprogramm.

Der Reichstag befahl sich in seiner gestrigen Sitzung zunächst mit dem Zusatzgesetz, um dann die große sozialpolitische Debatte zu beginnen.

Der sächsische Bevollmächtigte Gradnauer teilt gegenüber einer Bemerkung im Rechtsausschuss mit, daß auch diejenigen amnestiert werden müßten, die sich aus der Zeit des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen noch in Haft befänden, und daß alle diese Strafsachen bereits erledigt seien, entweder durch die sächsische Amnestie oder durch die Reichsamnestie vom Jahre 1925. Niemand, der sich aus Anlaß des Reichsmehrermarsches in Sachsen schuldig gemacht habe, befinde sich noch in Strafhaft.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.) spricht dem Staatssekretär Josef seine Anerkennung aus. Die Angriffe des Abg. Lenz auf die von ihm geschaffenen Gerichte seien unredlich. Die heutigen Schwurgerichte könnten jeder Kritik Standhalten. Unter den vielen tausenden Urteilen, die in jedem Jahr gefällt werden, seien nur ganz wenige angegriffen worden. Die heutigen parlamentarischen Gesetzgebungsmethoden seien unhaltbar.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In der Spezialdebatte begründet

Abg. Hößlein (Komm.) eine Interpellation auf Erlaß einer Amnestie zugunsten der unter den alten Bestimmungen über die Verbreitung Beurteilten. Die schwangeren Frauen würden auch heute noch gewaltsam zu Kurpfuschern getrieben, nicht mit Strafparagrafen, sondern mit sozialen Maßnahmen müsse der Verbreitung zu Weibe gegangen werden. Der Redner beantragt weiter die Streichung von 2 Senatspräsidenten und 12 Reichsgerichtsräten beim Reichsgericht.

Der Haushalt wird unter Ablehnung der zu den einzelnen Kapiteln vorliegenden Anträge angenommen.

Eine Reihe von Anträgen werden dem Rechtsausschuss überwiesen, darunter die sozialdemokratischen Anträge auf Änderung des Hochverratsparagrafen im Reichsstrafgesetzbuch sowie der Strafprozessordnung in bezug auf Urteilsbegründung und Urteilsverkündung.

Ein von den Regierungsparteien eingebrachter Gesetzentwurf über die Verringerung der Rechtsanwaltsordnung wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Da der als Redner angekündigte Reichsarbeitsminister noch nicht zur Stelle ist, leitet Vizeminister Nieber die Sitzung auf einige Minuten aus. Der Minister wird dann bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Applaus begrüßt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

geht davon aus, daß er schon sieben Jahre in seinem Amte sei und das seien sieben Kampfsjahre gewesen. In der Zeit der Inflation habe es sich darum gehandelt, die Sozialpolitik zu erhalten und in der späteren Zeit sie zu erweitern. Wir seien vor viele große und schwierige soziale Probleme gestellt worden, so vor allem in der Erwerbslosenfürsorge und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm. Hier habe es sich darum gehandelt, den Beschäftigungsprozeß der Wirtschaft zu erleichtern. Zahlenmäßig ergab sich die Auswirkung dieser Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt nicht feststellen, aber es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß mehrere Hunderttausende von Arbeitsträgern durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dem Erwerb gewonnen hätten. Die Meinung von Heberhunden bei diesen Arbeitern sei zu behaupten, aber solche Einzelerscheinungen könnten das Gesamtbild nicht beeinträchtigen. Die Klagen über Missetaten im Heberhundenwesen hätten die Reichsarbeitsverwaltung zu einer Erhebung über die Verhältnisse veranlaßt. Tatsächlich würden in einzelnen Industrien beträchtliche Heberstunden gemacht. (Hört, hört! links.) Die Reichsbahn-Gesellschaft werde jetzt noch weitere Arbeiten vergeben. Zum Ausbau der Straßennetze in den Ländern seien 80 Millionen flüssig gemacht worden. Auch bei der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge seien im vorigen Jahre wiederholt Verbesserungen durchgeführt worden.

auf die Dauer sei die Fürsorge unzulänglich.

Die Fürsorge durch die Versicherung abgedeckt werden, worüber dem Reichstag eine Vorlage zugegangen sei. Auch auf anderen Gebieten der Sozialpolitik seien im vorigen Jahre Verbesserungen geschaffen worden. Bedenklich sei es, daß die Ausgaben der Versicherungsträger schneller gewachsen seien, als ihre Einnahmen. Das Gebäude der Sozialversicherung sei nach der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung in seinen Grundmauern festzustellen. Man dürfe aber bei diesem jüngsten Kinde der Sozialversicherung die Forderungen nicht überspannen.

Für die Erwerbslosenfürsorge würden jetzt monatlich 130 Millionen ausgegeben.

Es müsse das richtige Verhältnis zwischen den Wünschen der Sozial- und der Wirtschaftspolitik gefunden werden. Die Sozialpolitik müsse auch international gefördert werden. Die Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums müsse sein, die sozialen Lebensbedingungen zu mildern. Diesem Zweck diene auch das jetzt in Arbeit befindliche Berufsausbildungsgesetz. Man dürfe niemals vergessen, daß wir jetzt 3 1/2 Millionen mehr Berufstätige als vor dem Kriege haben. Günstige Ergebnisse der Rationalisierung machten sich bisher mehr für die Wirtschaft selbst als für die in der Wirtschaft stehenden Personen bemerkbar. Die Abnahme der Kurzarbeit lasse jedoch eine bessere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwarten. Für das kommende Jahr habe aber immer noch der Wirtschaftspolitik bessere Aussichten als der Sozialpolitik. Die Erkenntnis davon, daß wir einen ausnahmsfähigen Binnenmarkt brauchen und daß auch die Abnahmefähigkeit bei den Arbeitnehmern gesteigert werden müsse, gewinne immer mehr Raum. (Widerspruch links.)

So wichtig wie eine richtige Lohnpolitik sei auch eine richtige Preispolitik, damit die Früchte der Rationalisierung auch der Bevölkerung zugute kommen können.

Zur Wohnungsfrage erklärte der Minister, daß es unmöglich sei, die Zwangswirtschaft auf einem einzelnen Gebiete aufrechtzuerhalten, auf der anderen Seite könne die Wohnungswirtschaft nicht befristet werden, solange der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt nicht wiederhergestellt sei. Die neuere Entwicklung auf dem Gebiete des Wohnungsbaus lasse die Hoffnung zu, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern liege. Jetzt müsse dafür gesorgt werden, daß die Mieten für Alt- und Neubwohnungen einander angenähert werden. Aus diesem Grunde habe die Regierung ihre Verordnung erlassen.

Dieser Verteuerung der Mieten müsse eine entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter und sozialen Bezüge folgen.

Der Minister zählt dann die Aufgaben auf, die in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden sollen. Das Notgesetz über die Arbeitszeit habe heftige Kritik besonders von den Gewerkschaften erfahren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Kritik sei aber vielfach übertrieben worden, der Entwurf bringe immerhin einen wichtigen sozialpolitischen Fortschritt, auf seiner Grundlage soll auch die Rationalisierung des Washingtoner Abkommens vorgenommen werden. Die Regierung sei bereit, das internationale

Abkommen über die Beschäftigung schwangerer Frauen zu ratifizieren und auch sonstige Erweiterungen des Arbeitsschutzes vorzunehmen. Die Abänderungen des Arbeitszeitgesetzes seien freilich nicht so radikal, wie es von der Sozialdemokratie verlangt werde. Das Notgesetz müsse sich auf das dringlichste zurzeit Mögliche beschränken. Der Minister erklärte zum Schluß, daß er alles tun werde, um die Sozialpolitik auch in diesem Jahre zu fördern und damit zugleich wichtige kulturpolitische Fortschritte zu erzielen. (Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Abg. Hoch (Soz.):

Der Reichsarbeitsminister hat heute zum erstenmal als Mitglied der neuen Rechtsregierung gesprochen. Glaubt er, daß er in der Lage sein wird, die Aufgaben in dieser Regierung durchzuführen zu können, die er heute ausgeführt hat? Die ganze Geschichte der deutschen Sozialpolitik zeigt, daß immer

zwischen Worten und Taten der Regierungsvertreter ein großer Unterschied

bestanden hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kampf um den Arbeiterschutz war immer ein Kampf darum, daß den schönen Worten auch schöne Taten folgten. Was wie an Arbeiterschutz haben, ist nicht das Ergebnis schöner Worte, sondern ist herausgewachsen aus dem unerwünschten Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen gegen das Unternehmertum. Solange die Arbeiter diesen Kampf noch nicht führen konnten, solange sie sich nicht gegen die Unterdrückung wehren konnten, solange dachte kein Mensch an Sozialpolitik. Gegen die schweren Missetaten auf dem Gebiet der Arbeit kämpfte zuerst nur die Willkür und auch nur aus dem Grunde, um sich die notwendige Zahl von Rekruten zu verschaffen. Erst als sich die Arbeiter selbst aufrüsteten, ihre Gewerkschaften bildeten und die sozialdemokratische Partei schufen, kam Leben in die Arbeiterschutzgesetzgebung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Deutschen Reichstags haben den ersten deutschen Arbeiterschutzgesetzentwurf vorgelegt. Die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung wurde erst möglich, als die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags groß genug geworden war, um selbständige Anträge einzubringen. Die anderen Parteien, auch das Zentrum, haben ihre Entwürfe erst vorgelegt, nachdem bekannt geworden war, daß die sozialdemokratische Fraktion einen solchen Entwurf ausarbeiten würde. Kennzeichnend aber für diese erste sozialpolitische Tätigkeit des Zentrums ist ein Vergleich zwischen dem damaligen Entwurf des Zentrums und der Sozialdemokratie. Das Zentrum verlangte eine Enquete über die Lage der Arbeiter und Gewerbetreibenden, die Sozialdemokratie stellte aber bestimmte Forderungen auf, so das Verbot der Sonntagsarbeit, die Beschränkung des Arbeitstages für Männer auf nicht länger als 10 Stunden, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre auf 8 Stunden, Einschränkung der Nachtarbeit, Einführung von Fabrikordnungen und Vergleichen.

Diese Forderungen der Sozialdemokratie bildeten die Grundlage für die weitere Arbeiterschutzgesetzgebung.

Die Forderungen der Sozialdemokratie bildeten die Grundlage für die weitere Arbeiterschutzgesetzgebung. Sie zeigten damals schon, wo eingegriffen werden müsse. In den Auseinandersetzungen über diesen Antrag haben alle Parteien ihre Forderungen ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie ihre Hand zu solcher praktischen Arbeit biete. Was aber waren die Folgen dieser praktischen Arbeit? Wenige Jahre später hat Kaiser Bismarck seine Ausnahmeergänzung gegen die Sozialdemokratie geschaffen, um die Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Als später die Sozialpolitik wieder aufleben sollte, wurden sie als eine große Tat der Regierung gepriesen. Der damalige Unterstaatssekretär Bohmann hat aber in einer Schrift mitgeteilt, welche Absichten Kaiser Bismarck damit verbunden hat, besonders bei der Schaffung der Unfallversicherung. Bismarck hat Bohmann erklärt, die Unfallversicherung sei ein sich Redensache, die Hauptsache sei ihm, die Gelegenheit zu geben, die Grundlagen für eine Vertretung der „produktiven Volksschichten“ zu schaffen, die neben oder anstatt des Reichstags wirken sollte. Wenn nicht anders, so solle das mit den Mitteln des Staatsrechts durchgeführt werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Nach diesen Mitteilungen Bohmanns zeigt sich, wie recht die Sozialdemokratie damals hatte, als sie von hartem

Mißtrauen gegen die bismarckische Sozialgesetzgebung

erfüllt war. Die Hand zu einem Staatsstreich zu bieten, das war nicht die Aufgabe einer Arbeitervertretung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es hat sich später immer wieder gezeigt, wenn ein Minister Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung schaffen wollte, daß er immer den Widerstand der Unternehmer gegen sich hatte. Auch die bürgerlichen Parteien, die heute angeblich so eifrig für den Arbeiterschutz eintreten, haben stets der Sozialpolitik Widerstand geleistet. Auch das, was das Zentrum damals zugestanden, geschah ebenso wie bei den anderen bürgerlichen Parteien, aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Ich herse mich dabei auf das Wort, das Bismarck im Reichstag am 26. November 1884 gesagt hat:

„Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren. Und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element.“

(Hört, hört! bei den Soz.) Wie Graf Bismarck über die Art der Sozialpolitik dachte, die von den bürgerlichen Parteien betrieben wurde, das hat er in einer Rede in der Gesellschaft für soziale Reform am 8. März 1900 ausgesprochen:

„Die sozialpolitische Belastung hat viel mehr Gegner als man glaubt. Glauben Sie mir, daß nicht alle Anträge, und wenn sie noch so schön klingen, immer ernst gemeint sind. Manches wird getan aus tatsächlichen Gründen und nicht aus stillschweigendem Gefühl der Pflicht gegenüber den Volksgenossen. Es ist auf keiner Seite soviel Heuchelei als bei einer gewissen politischen Freundschaft.“

Diese Ausführungen erklären es, warum trotz aller schönen Worte von Taten so wenig zu spüren war. Die liberalen Parteien standen auf dem Standpunkt, wenn die Geschäfte gut gingen, dann würde sich alles von selbst regeln, die Konservativen dagegen wollten wieder die alten Zeiten heraufbeschwören, wo

Anecht Heilten sollte, wer Anecht war, wo der Unternehmer zu bestimmen und der Arbeiter zu gehorchen hatte.

Das war während der ganzen kaiserlichen Zeit so.

Und wie war es nach der Revolution? Im ersten Augenblick als die Unternehmer Angst vor der Arbeiterschaft hatten, hielten sie sich noch zurück. Die Sozialdemokratie übernahm die Aufgabe, eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen durchzuführen. Aber als die Unternehmer sahen, daß die Arbeiter nicht an sinnlosen Worten und Tuscheln, sondern an Aufbau und Neuordnung dachten, wagten sie sich wieder hervor und nutzten ihre Stellung rücksichtslos aus. Nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung

sollte der „Aufbau“ unter der Führung der Großunternehmer vorgenommen werden unter der Losung mehr Arbeit — weniger Lohn.

Es kam zu schweren Kämpfen in der Realindustrie und vor allem im Bergbau. Als die Verhältnisse auf der Arbeiterseite sehr schlecht waren, die Gewerkschaften geschwächt, die Arbeiter selbst uneinig, glaubten die Unternehmer, daß ihre Zeit gekommen sei.

Aber sie konnten ihre Absichten gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratische Partei doch nicht durchsetzen.

Ihre „Rationalisierung“, bei der die Arbeiter und Angestellten rücksichtslos entlassen wurden, führte nur zu einer neuen Wirtschaftskrise und zu einer Schädigung der Ausübungsmöglichkeiten der deutschen Industrie.

Nun hat sich in dieser Situation eine neue Regierung gebildet, in der das Zentrum mit den Parteigenossen von rechts steht. Sie hat auch eine schöne Erklärung abgegeben, es fragt sich nur, wer dahintersteht. In der Regierung sitzt ja auch ein Arbeitervertreter Herr Koch, von dem wir durchaus anerkennen, daß er sich unter schwierigen Verhältnissen emporgearbeitet hat. Aber er ist als Verkehrsminister in der Lage sein wird, für die Arbeiterschaft etwas Gutes zu schaffen, bezweifeln wir doch sehr. Wie sehen den Taten dieser Regierung deshalb mit dem größten Mißtrauen entgegen, weil die Herren von rechts, mit denen das Zentrum jetzt in der Regierung sitzt, bisher immer dafür gesorgt haben, daß die Lebensmittelpreise in die Höhe gingen, und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen sich immer weiter verschlechterte. Der Arbeitsminister hat eine Reihe von Gesetzen genannt, die im vorigen Jahre geschaffen worden sind. Es sieht doch aber sehr, daß alle diese Gesetze mit Hilfe der Sozialdemokratie und gegen die Rechtsparteien zustande gekommen sind. Wir werden ja sehen, was sich künftig aus dieser Erfahrung ergibt. Als Herr Silberberg auf der Tagung der Industriellen die Sozialdemokratie aufforderte, unter Führung der Unternehmer in die Regierung einzutreten, hat er Widerspruch damit gefunden, daß er die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiter bezeichnete.

Heute hat der Reichsarbeitsminister von neuem anerkannt, daß die Sozialdemokratie die Partei der Arbeiter ist, und daß sie die einzige Partei ist, die den ernstlichen Willen hat, die Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen.

Er hat auch auf das von uns eingebrachte Arbeitszeitgesetz Bezug genommen. Es handelt sich hierbei nicht etwa um die Forderung einer Gewerkschaftsrichtung, sondern alle drei Gewerkschaftsrichtungen haben dieses Notgesetz verlangt. Keine andere Partei hat es für notwendig gehalten, diese Forderung zu vermittelnden. Und so ist es immer: wenn es sich um die Durchführung von Arbeiterforderungen handelt, dann ist es immer die Sozialdemokratie, die allein den Kampf dafür führt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es ist richtig, daß wir mit unserem Gesetzentwurf weiter gegangen sind als die Gewerkschaften gefordert haben. Aber wir müssen das tun als Partei der Arbeiter, wir werden uns immer bestreben, weiterzugehen, für die Arbeiter Verhältnisse zu schaffen, die ihnen die Möglichkeit geben, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Freiheiten zu schaffen. Das Zentrum kann nicht so frei und offen für die Forderungen der Arbeiter eintreten, weil es auch andere Kreise in seinen Reihen hat, denen es Rechnung tragen muß. Der Arbeitsminister hat hoffnungsfreudig in die Zukunft blickt.

Wir aber sind der Ansicht, daß es nicht genügt, die Löhne mit den steigenden Preisen in Einklang zu bringen, sondern daß darüber hinaus die Lebensverhältnisse gebessert werden müssen.

Der Minister hat selbst zugegeben, daß die Arbeiter heute noch unter überaus traurigen Umständen zu leiden haben. Um so weniger verziehe ich, wie er für die Berordnung eintreten konnte, die die Mieten um 20 Proz. erhöhen soll. Er hat uns nichts darüber gesagt, wie diese Erhöhungen der Mieten zu bewerkstelligt werden sollen. Das liegt in der Hand der Länder, und nach den bisherigen Erfahrungen ist zu befürchten, daß nur ein Teil zum Ausbau von Wohnungen, das übrige aber für die Bewaltung und für den Hausbesitz verwendet werden wird. Ueber eine Mieterhöhung wäre überhaupt nur zu reden, wenn ihr ganzer Ertrag zum Bau von Wohnungen verwendet wird. Unter den heutigen Verhältnissen können wir sie ganz entbehren ab. Von den großen Summen, die der Minister bei der Verwendung von Arbeitsbeschaffung genannt hat, ist ein erheblicher Teil unproduktiv verwendet worden. Er hat zugegeben, daß die Unternehmer dabei auch Heberstunden leisten lassen, während die Arbeiter für eine Vertiefung der Arbeitszeit kämpfen, um ihre erwerbslosen Kollegen unterzubringen, tragen die Unternehmer keine Scheu, Heberstunden machen zu lassen, und damit den Arbeitsmarkt weiter zu belasten.

Der Redner erklärte zum Schluß, daß er bei der gegenwärtigen Bestimmung der Regierung keine große Hoffnung habe, daß sich der Reichsarbeitsminister als ein Minister für die Arbeit betätigen werde. Wir Sozialdemokraten werden weiter dafür kämpfen, daß ein Arbeiterschutz geschaffen wird, der das Notwendige für die Arbeiter enthält. Denn die Politik ist nicht nur, wie es oft gesagt wird, eine Kunst des Möglichen, sondern viel eher eine Kunst des Notwendigen. Wir werden dafür kämpfen, und wir werden sehen, wo Sie in diesem Kampfe sein werden. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Um 8 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Samstag 1 Uhr.

Für stärkere Besteuerung des Besitzes. Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat außer dem Antrag auf Vermehrung der Meterehebung drei weitere wichtige Anträge zur Steuerreform eingebracht.

Der erste Antrag verlangt die vollständige Aufhebung der Zuckersteuer zum 1. April 1927, da jetzt kein Einspruch des Reparationsagenten mehr zu erwarten ist.

Der zweite Antrag will Verbesserungen des Einkommensteuergesetzes, und zwar erstens durch stärkere Besteuerung der Spekulationsgewinne und zweitens durch Verschärfung der Bestimmungen über die Besteuerung nach dem Verbrauch. Durch beide Bestimmungen soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Steuerpflichtige, die trotz großen Aufwandes keine Einkommensteuer zahlen, zur Einkommensteuerleistung herangezogen werden.

Der dritte Antrag bezieht sich auf die Besteuerung der Vermögen und Erbschaften, und zwar wird verlangt,

a) daß Anordnungen getroffen werden, damit rechtzeitig die vorgesehene Nachzahlung auf die Vermögenssteuer erhoben werden kann, da schon jetzt feststeht, daß das 31-Millionen für die Vermögenssteuer im Rechnungsjahre 1926 den im § 23 des Vermögenssteuergesetzes in der Fassung des Steuerermäßigungsgesetzes vom 31. März 1926 (Reichsgesetzblatt I, S. 188) vorgesehenen Solibetrag von 400 Millionen Reichsmark nicht erreichen wird;

b) daß dem Reichstage baldmöglichst ein Gesetzentwurf über die Vermögenszuwachssteuer zugeht, der unter Aufhebung des § 26 des Vermögenssteuergesetzes die Vermögenszuwachssteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1927 in Kraft setzt;

c) daß dem Reichstag baldmöglichst ein Gesetzentwurf über eine Verringerung der Erbschaftsteuer zugeht, um durch Wiederherstellung der Bestimmung über die Steuerpflicht der Ehegatten und durch anderweitige Regelung der Steuerbestimmungen den Ertrag der Erbschaftsteuer zu steigern.

104 Stunden Wochenarbeitszeit.

Diese Kulturschande bleibt ungeführt!

In der Baumwollspinnerei und Weberei C. C. Förster & Co. in Neusalza-Spremberg arbeiten die Färberei- und Bleicherei-Arbeiter auf Veranlassung der Firma seit längerer Zeit 104 Stunden in der Woche, das heißt, der einzelne Arbeiter leistet pro Tag von Montag bis Freitag je 19 Stunden und am Sonnabend 9 Stunden. Der Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes erstattete daraufhin auf Grund der Klagen der Arbeiter bei dem zuständigen Staatsanwalt Anzeige.

Der Amtsanwalt von Neusalza-Spremberg teilte daraufhin dem Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes unterm 17. Februar mit, daß das Ermittlungsverfahren eingestellt sei. In der Begründung heißt es:

„Der Gegensatz zu dieser pflichtgebundenen Mehrarbeit bildet die Mehrarbeit, die über die Arbeitsleistungspflicht hinaus geleistet wird und diese ist, im Gegensatz zu der pflichtgebundenen, eine sogenannte freiwillige Mehrarbeit. Die Beschuldigten berufen sich nun darauf, daß die bei ihnen geleisteten Ueberstunden unter die sogenannte freiwillige Mehrarbeit fallen.“

Die Erörterungen haben nun ergeben, daß die Beschuldigten männliche Arbeiter unter 16 Jahren nicht beschäftigten. Ferner, daß die Mehrarbeit durch besondere Umstände, nämlich Konjunkturschwung und Betriebsumstellung veranlaßt wurde und eine zeitliche war. Nicht nachgewiesen kann den Beschuldigten werden, daß die Mehrarbeit keine freiwillige gewesen sei. Abgesehen davon, daß ein Teil der in der Färberei und Bleicherei beschäftigten Arbeitnehmer die Mehrarbeit des höheren Verdienstes wegen geradezu geordert haben, so sind die übrigen Arbeitnehmer mit der Mehrarbeit einverstanden gewesen, ohne daß sie aus Unzufriedenheit oder unter Ausbeutung der Notlage mehr gearbeitet hätten.

Nach den Aussagen des Färbereiobermeisters (Bl. 60 b. d. N.) kann die Arbeit in der Färberei und Bleicherei nicht als gesundheitsgefährlich erachtet werden. Nach alledem war, wie gesehen, zu beklagen.“

Also, die wöchentlich von den einzelnen Arbeitern geleisteten Ueberstunden über die durch Schiedspruch tariflich festgelegte 53stündige Arbeitszeit pro Woche sollen eine „freiwillige Mehrarbeit“ sein. Die Beschuldigten berufen sich darauf! Wie hat der Amtsanwalt festgestellt, daß die übrigen Arbeiter mit der Mehrarbeit einverstanden gewesen sind, ohne daß sie aus Unzufriedenheit oder unter Ausbeutung der Notlage mehr gearbeitet hätten? Hat er da die einzelnen Arbeiter selbst gefragt? Oder haben ihm das nur die beiden angeklagten Direktoren gesagt? Weiß der Amtsanwalt nicht, daß mit dem sanften Druck der Hungerpeitsche sehr leicht ein „Einkverständnis“ des Arbeiters erzielt werden kann?

Das bayerische Oberlandesgericht entschied in einem Urteil vom 12. Oktober 1925, daß bei der Frage, ob eine freiwillige Mehrarbeit im Sinne von § 11 der Arbeitszeitverordnung vorliegt, es nicht auf den Beweggrund ankomme, aus dem die Mehrarbeit geleistet wird, sondern ausschließlich nur darauf, ob der Arbeiter sie aus eigenem Antrieb, nicht etwa infolge Anordnung des Arbeitgebers leistet.

Die deutsche Reichsverfassung sagt in ihrem Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.“ Dieses unerhörte Vorkommnis in Neusalza-Spremberg und die Stellungnahme des Amtsanwalts als „Schützer“ der Reichsverfassung und der Reichsgesetze muß eine Warnung für den Gesetzgeber sein, bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes im deutschen Reichstage darauf hinzuwirken, daß in Zukunft eine solche Barbarei zur Unmöglichkeit wird.

Zum Schluß noch eine Frage an den Reichsarbeitsminister. Er hat vor einiger Zeit in einem Rundschreiben an die Staatsanwälte ersucht, gegen Vergehen gegen die Arbeitszeitverordnung mit besonderer Schärfe vorzugehen. Ist der Reichsarbeitsminister gewillt, die Entscheidung des Amtsanwalts von Spremberg-Neusalza hinzunehmen?

Bern auch, angesichts des reichhaltigen Programms, der Wunsch laut wurde, diesen Kursen eine längere Dauer zu geben, so war doch bei den Lehrern wie bei den Kursteilnehmern einmütig die Auffassung, daß die Ergebnisse des Kurses als gut zu bezeichnen seien.

Tarifkonflikt der Berliner Töpfer.

Die im Bauernwerksbund organisierten Töpfer beschäftigten sich in einer überfüllten Versammlung am Donnerstag in den „Residenz-Festsälen“ mit ihrer Tarifbewegung.

Der Hochgruppenleiter John betonte in seinem Bericht, daß die Unternehmer anscheinend die Absicht haben, die Verhandlungen

über den Neuabschluß eines Tarifes zu verschleppen. Der von beiden Parteien geforderte Tarif ist bereits am 18. Februar abgelaufen, eine Einigung ist jedoch bis heute noch nicht erzielt worden. Der Hauptstreitpunkt ist die Arbeitsnachweisfrage, in der sich die Unternehmer jeder Verständigung hartnäckig widersetzen.

Die Versammlung war über die Verschleppungspolitik der Unternehmer sehr empört und legte ihre Auffassung in einer einstimmig angenommenen Entschließung nieder, in der die Lohnkommission beauftragt wurde, nur einen Tarifvertrag abzuschließen, wenn auch die Arbeitsvermittlung geregelt wird. Ebenfalls einstimmig beschlossen wurde die Sperre über den Betrieb des Ofenfabrikanten Weber, Großlichterfelde, Hindenburgdamm 88, und seine Fabrik in Lehnia.

Die betrübten Lohgerber in Leipzig.

Leipzig, 25. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Partei hat sich mit einem ungeheuren Aufwand an Lungenkraft bemüht, aus dem Leipziger Metallarbeiterstreik parteipolitisch Kapital zu schlagen. Ueber den „Erfolg“ dieser Bemühungen quittierte am Freitag die Ortsverwaltung der Leipziger Metallarbeiter, indem für die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung 435 Generalversammlungsvollzieher und für die Opposition nur 192 Stimmen. Es sind damit keine 30 Proz. der Stimmen auf die KPD. entfallen.

Am Freitag früh wurde in den Leipziger Betrieben der Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen. Nur die Belegschaft eines ganz kleinen Teils der Betriebe steht noch aus. Am Montag wird die gesamte Metallarbeiterschaft die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Anschluß an Amsterdam oder „Eroberung“?

Amsterdam, 25. Februar. (Eig. Drahtber.) Der Vorstand der Gewerkschaftsinternationale beschloß hinsichtlich der englischen Anregung einer gemeinsamen Konferenz mit der russischen Zentrale mit vier gegen zwei Stimmen, eine schriftliche Anfrage bei dem englischen Gewerkschaftsbund dahingehend zu stellen, ob die Russen einen Anschluß an Amsterdam erstrebten. Das sei die erste Voraussetzung zu einer neuen Konferenz.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich steigt.

Paris, 25. Februar. (W.F.B.) Die heute veröffentlichte amtliche Statistik weist die Zahl der unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen in ganz Frankreich mit 79 689 aus, davon 59 625 Männer und 20 064 Frauen, gegen 73 632 insgesamt in der Vorwoche. Am 19. Februar 1927 wurden aus der Kasse der Stadt Paris 36 023 Arbeitslose unterstützt gegenüber 33 476 in der Vorwoche, aus den Kassen der übrigen Gemeinden des Seine-Departements 26 696 gegen 23 514 in der Vorwoche. Im Laufe der Berichtswoche sind 20 ausländische Arbeiter nach Frankreich eingereist, während 2165 das Land verlassen haben.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, sagt die Gruppe Baumgartenweg im Jugendheim Gröbner 18. Unterhaltungsabend.

Verantwortlich für Text: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Alingelbitter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Illustration: Dr. John Schilowski; Fotos und Cartoons: Reich-Raschütz; Anzeigen: H. Glöde; Druck: Schmidt in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2. Hierzu 2 Beilagen. „Unterhaltung und Wissen“.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Winterkursus für Funktionäre des Bezirks Berlin.

Nach den sehr günstigen Ergebnissen der Sommer-Ferienturse für Funktionäre des Verbandes wurden auch im Winterhalbjahr Unterrichtskurse für die einzelnen Bezirke abgehalten. Der Kursus für den Bezirk Berlin fand in der Zeit vom 6. bis 19. Februar in Burg Daber bei Wittstock statt. Teilnehmer waren 33 ehrenamtliche Funktionäre. Der Lehrplan umfaßte: „Geschichte der Arbeiterbewegung“ (B. Hartig), „Wirtschaft“, „Arbeitsrecht“ (G. Schaum), „Sozialpolitik“ (A. Bed), „Staat und Gemeinde — deren Verwaltung und Verfassung“ (E. Dittmer), „Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — seine Gründung und Entwicklung, seine Organisationsform, seine besonderen Aufgaben“ (E. Potenske).

Nebenher wurden auch künstlerische Darbietungen und Vorträge allgemein bildenden Inhalts, wie „die Kultur des Arbeiters“, Lichtbildervorträge „Arbeiter und Kunst“ u. a. veranstaltet.

Das Bildungsprogramm wurde von Lehrern der Organisation bestritten.

SPD. = Metallarbeiter
besucht die Wahlkämpferversammlungen!

GROSSER EINHEITSPREIS- VERKAUF

in fast allen Abteilungen

Feder Artikel
ein Schlager!

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Str. • Brunnenstr.
Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Str. • Grosse Frankfurter Str. • Chausseestr.

95 Pf.
1,90
2,85
4,50

Die Müllberge im Fließtal.



Die erste Vorbedingung für das enge Zusammenwohnen Tausender in den modernen Großstädten sind ausreichende, leicht erreichbare Grünflächen als Erholungsstätten. Der moderne Städtebauer schenkt diesen „Lungen der Großstadt“ sein größtes Interesse, und in großzügigster Weise werden auch am Rande Berlins Parkanlagen und Grüngürtel geschaffen. Man beginnt bereits einzusehen, daß Parkanlagen allein bald nicht mehr zur Erholung der großstädtischen Volksmassen genügen werden, daß bei weiterem Wachsen des Häusermeers größere Strecken unbebauten Landes zwischen den einzelnen Stadtteilen liegen müssen, und man erklärt größere Gebietsteile Seeufer, Fließtäler, Waldungen zu Naturschutzgebieten. Um so mehr ist das Erstaunen berechtigt, hört man von dem gewaltigen Zerstoren eines Juwels märkischer Landschaft: das Fließtal bei Schildow. Zu beiden Seiten der Liebenwalde-Schönfließer Bahn liegt das idyllische Fließchen Erde. Kurz vor der Station Schildow. Das Tegeler Fließ schlängelt sich in vielen Windungen durch das üppige Grünland, das, belebt von einzelnen Büschen und Baumgruppen, dem Naturfreund als floristisch hochinteressantes Gebiet bekannt ist. Eins der seltensten Naturdenkmäler Norddeutschlands, die „Gentianacee Sweetia“, wächst hier noch. Einige alte, zu kleinen Seen erweiterte Torfstiche können die Reize der Landschaft nur noch erhöhen. Dieses herrliche Stück ursprünglicher Natur soll in kurzer Zeit der Müllauffschüttung zum

Opfer fallen. Westlich vom Bahndamm wird der Müll abgelagert. Die haushohen Müllberge streifen sich langsam in das Tal hinein. Hochbeladene Güterwagen, gegen die Staubentwicklung mit Planen bedeckt, bringen immer neue Zufuhr. Man kann sich keinen Begriff machen von der sichtbaren Wirkung, die diese Aufschüttungen der Großstadt auf die Natur ausüben. Tote Vögel wurden zu Dutzenden gefunden, die von den Abfällen gefressen hatten und vergiftet wurden. Am widerwärtigsten ist wohl der „Dunst“ eines solchen Müllberges. Kilometerweit wird die ganze Gegend je nach der Windrichtung verpestet. Im Sommer gefüllt sich dazu dann noch die Fliegenplage, durch die die umliegenden Ortschaften stark bedrängt werden. Der unerfreuliche Anblick des mit Papierresten, Konservendbüchsen, Motzagen usw. durchsetzten Abfalls wird ja nach Beenden des Aufschüttens durch Bedecken mit Erde und Pflanzungen beseitigt, wenn auch Regengüsse den ersten Grund lange Zeit immer wieder zeigen werden; das idyllische Tal ist verschwunden, eine Ebene, glatt wie ein Tisch, wird sich vergebens bemühen, die Erinnerung an die zerstörte Schönheit wachzuhalten. Selbst wenn man alle Erwägungen der Spornarbeit, und diese sind es wohl zumeist, der Müllbeseitigung in Betracht zieht, erscheint dieses Vorgehen unbegründlich. Es muß sich ein Weg finden lassen, die nähere Umgebung Berlins vor derartigen Zerstörungen zu bewahren.

Vorzeitige Vertagung des Jürgens-Prozesses

Nervenzusammenbruch beider Ehegatten.
Die gestrige Verhandlung im Jürgens-Prozess fand einen unerwarteten, sehr dramatischen Abschluß. Wider Erwarten mußte die Verhandlung 1 1/2 Stunden früher, als angelegt war, abgebrochen werden. Nach den letzten scharfen Erklärungen des Ehe-mannes, in denen er zum erstenmal deutlich den Trennungstreich zwischen seiner Frau und sich zog, brach Frau Jürgens schluchzend zusammen, so daß das Gericht zunächst eine kurze Pause machen mußte.
Landgerichtsdirektor Jürgens erklärte dann mit erstickter Stimme: Ich bitte, die verantwortliche Vernehmung zu Ende zu bringen, damit über die Frage der Haftentlassung entschieden werden kann. (Sehr erregt) Meine Herren, ich liege hier jetzt ein Jahr, und ich bin nicht fluchtverdächtig, sondern höchst verdächtig, der Düstiz auf den Bergen zu folgen, bis sie das wieder gutmacht, was sie in diesem Falle angerichtet hat. Nach diesen Worten fiel Landgerichtsdirektor Jürgens auf die Bank zurück und verlor das Gesicht schließend in beiden Händen. Durch diesen Zusammenbruch ihres Mannes wurde Frau Jürgens detart erschüttert, daß sie laut zu schreien und zu weinen begann. Landgerichtsdirektor Bombe hob daraufhin sofort die Sitzung auf und vertagte sie auf Sonnabend morgen 9 Uhr. Das Gericht hat weiter beschlossen, in der kommen-

den Woche am Donnerstag eine Pause zu machen, in erster Reihe mit Rücksicht auf Frau Jürgens. Man wird damit rechnen müssen, daß auch in der nächsten Woche kürzere Verhandlungen stattfinden, um zu verhüten, daß durch einen gänzlichen Zusammenbruch der Angeklagten die Durchführung des Prozesses überhaupt unmöglich gemacht wird. In den nächsten Tagen soll auch über die bereits vorbereiteten Haftentlassungsanträge der Verteidiger beraten werden. Aus der Verhandlung ist folgendes nachzutragen:
Die Bemühungen des Vorsitzenden galten besonders dem Versuch endlich einmal herauszubekommen, wie die großen Schulden der Frau Jürgens entstanden sind und wo das gepumpte Geld denn geblieben war. Auf die Frage, wie sie 13 000 Mark in den Jahren 1923/24 gemachten Schulden decken wollte, meinte Frau Jürgens, sie hätte doch nur ein wertvolles Schmuckstück verkaufen brauchen. Auch hätte sie von der Versicherung 9000 Mark erwartet. Weiterhin will Frau Jürgens außerordentlich mildtätig und gütig gewesen sein und verschiedene Familien laufend unterstützt haben, während sie für sich wenig ausgegeben hat. Außerordentlich bezeichnend ist dann eine Antwort, die sie auf das fortwährende Drängen des Vorsitzenden gab: Wenn ich etwas sah, das mir gefiel, dann kaufte ich es. Der Angeklagte, Landgerichtsdirektor Jürgens, äußert sich, über denselben Gegenstand befragt, in teilweise recht drastischer Weise. Wenn man seinen Worten glauben darf, dann ist es in diesem Haushalt mehr als bescheiden, man könnte fast sagen knauserig zugegangen. „Meine Frau,“ so erklärte er, „hat, soweit ich es kontrollieren konnte, par-

lam bis zum äußersten gewirtschaftet. Kartoffeln und Gemüse zogen wir selbst. Ich hatte keinen Gedanken — so erklärte er dann mit Emphase —, daß die Frau eines Landgerichtsdirektors kreditbetragend durch die Straßen, von Haus zu Haus laufen konnte. Hätte ich eine Ahnung gehabt, was meine Frau hinter meinem Rücken tat, so hätte es in meinem Hute einen kurzen Prozeß gegeben. (Auf seine Frau weisend) Kaus! Selbst unsere sogenannte Badereise nach Kolberg hat uns fast nichts gekostet, da meine Frau Kartoffeln und Gemüse mitnahm und wir nur Fleisch zu kaufen brauchten. (Verhaltene Heiterkeit im Saale.) Ich habe im Jahre noch keine 30—40 Mark für mich in Kneipen ausgegeben. Ich habe mit meiner Frau niemals ein Theater oder Konzert besucht. Wo meine Frau das ganze Geld gelassen hat, ist mir schleierhaft. Gesellschaften habe ich nicht gegeben, denn meine Frau ist nach ihrer letzten Operation eine Blyhopothin geworden. In den ganzen drei Jahren habe ich mit meiner Frau noch einen Brande ein einziges Mal ein Wirtshaus besucht, und da haben wir jeder für 15 Pfennig ein Glas Bier getrunken.“

Ungeklärt bleibt schließlich auch eine Darlehensaffäre, bei der es sich um 2000 Mark handelt, eine Summe, die Frau Jürgens bei der Deutschen Beamtenzentralbank aufnehmen wollte. Jürgens behauptet, er habe diese 2000 Mark aufgenommen, um damit die Schulden seiner Frau zu decken, und er habe geglaubt, daß dies alle Schulden seien, die vorhanden waren.

Vier Opfer einer Familientragödie.

Wieder Gas als Todeshelfer.
Der Abschluß eines Familiedramas von erschütternder Tragik alarmierte gestern nachmittags die Bewohner des Hauses Münzstraße 9. In der völlig mit Gas erfüllten Wohnung der Familie Schulz wurden der 39jährige Marktballenbändler Paul Schulz, dessen 32jährige Frau, der 14jährige Sohn Alfred und die 12jährige Tochter Edith tot aufgefunden. Zu dem schrecklichen Vorfall erfahren wir folgendes:

Im vierten Stockwerk des Duergebäudes unterhielt Schulz seit vielen Jahren eine kleine Wohnung. Hausbewohnern fiel es auf, daß sich seit Mittwoch, an dem der 14jährige Alfred Sch. tenuiriert worden war, niemand von der Familie sehen ließ. Zunächst schöpfte man noch keinen Verdacht, da sich die Familie tagsüber in der Markthalle aufzuhalten pflegte, wo Sch. einen Engros-handel mit Speisezwiebeln betreibt. Aber auch in der Halle wurden die benachbarten Standinhaber ruhig, als am Donnerstag der Verkaufsstand des Sch. verschlossen blieb. Man führte das zunächst auf die Konfirmationsfeierlichkeit zurück. Als aber auch am Freitag niemand in der Markthalle erschien, begaben sich am Nachmittag einige Bekannte nach der Schulz'schen Wohnung. Auf wiederholtes Klopfen und Klingeln wurde nicht geantwortet. Nichts Gutes ahnend, benachrichtigte man den Verwalter des Hauses, der das zuständige Polizeirevier in Kenntnis setzte und um Entsendung einiger Beamten bat. Durch einen Handwerker mußte die von innen mehrfach gesichert geworfene Tür gewaltsam erbrochen werden. Schon auf dem Flur drang den Beamten scharfer Gasgeruch entgegen. Den in das mit Gas erfüllte Schlafzimmer eintretenden Beamten bot sich ein furchtbarer Anblick. Frau Sch. und die beiden Kinder lagen tot in ihren Betten, während Schulz auf dem Sofa lag. Ein hinzugezogener Arzt stellte bei allen den bereits vor vielen Stunden eingetretenen Tod fest. Nach dem Befund und einigen Hinterlassenschaften hat Schulz, während die Familie schlief, den Gasbrenner aufgedreht und dann selbst den Tod erwartet. Das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt scheint die unheilbare Krankheit der Frau Schulz gewesen zu sein. Frau Schulz litt seit längerem an einem Herzkloppenschlag und wurde in letzter Zeit häufig von Krämpfen befallen. Von dem behandelnden Arzt war die Krankheit für unheilbar erklärt worden. Dieser Umstand, wozu noch geschäftliche Sorgen gekommen sein mochten, ließen in Sch. den Entschluß fassen, seine Familie und sich selbst zu töten. Vermutlich ist er in der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag zur Ausführung der Tat geschritten. Bisher konnte noch nicht einwandfrei erklärt werden, ob Sch. im Einverständnis mit seiner Frau gehandelt hat. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Sch. aber ohne Zustimmung seiner Frau die Tat vollbracht. Die Leichen wurden beschlagnahmt und dem Schaubauhof zugeführt.

Gerichtstag.

Von Fred Berence.
Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien

Der Roman der Liebe der Patin lag weit zurück, ich kannte ihn. Sie sprach ganz ruhig in meiner Gegenwart, von ihrem ehemaligen Bräutigam, einem städtischen Arzt. Als seine Eltern um ihr Vermögen gekommen waren, hatte er seine Braut verlassen und später eine reiche Erbin geheiratet. Stets verteidigte ihm die Patin, er hätte sich nur von ihr abgewendet, um seinen Vater vom Untergang zu retten. Zweimal nacheinander begegneten wir ihm, als wir mit ihr einen Spaziergang machten. Das erstemal ging er mit seiner Frau. Er grüßte die Patin sehr höflich, wie ein Weltmann und sie dankte mit anmutigem Kopfnicken. Als wir ihn das zweitemal trafen, war er allein, er grüßte sie und blickte ihr in die Augen. Während dankte sie ihm und machte ihm ein unmerkliches Zeichen. Ein Freudenstrahl erglänzte in seinen Augen und er ging rasch weiter. Sie erzählte meiner Mutter mit großer Lebhaftigkeit die neuesten Heldentaten ihres kleinen Reffen. Ich aber wußte nun um ihr Geheimnis. Später erfuhr ich, daß sie nie aufgehört hatten, sich zu lieben, und daß sie seit zwanzig Jahren keine Freundin und Geliebte war. Diese Liebe war die Fackel, die ihr geholfen, alles Schwere würdig zu ertragen, die ihr die Ruhe verliehen hatte, die uns so wohl tat.
Zwischen der Patin und meinem Vater herrschten recht sonderbare Beziehungen. Wenn er außer Bett war, begrüßte sie ihn, wechselte ein paar Worte mit ihm und entfernte sich bald unter irgendeinem Vorwand. Nie sprach sie von ihm, weder im Guten, noch im Bösen. Er wiederum schwieg hartnäckig, wenn man ihren Namen erwähnte. Ich hatte das Gefühl, daß sich zwei höfliche Feinde gegenüber standen.
Eines Tages befragte ich meine Mutter: Du hast ganz recht, sie mögen sich nicht. Ich glaube, daß dein Vater ein wenig eifersüchtig auf sie ist, am besten gar nicht darauf achten, das wird sich schon geben.
Es gab sich aber nicht, denn zwei Tage später machte er eine Bemerkung: Es ist eigentümlich, daß dieses Fräulein bei uns die Nase in alles steckt, hat sie denn nichts in ihrem eigenen Hause zu tun?
Die Mutter erwiderte gekränkt: Ich bin ihr sehr dankbar

für ihre Hilfe. Ich wüßte gar nicht, wie ich ohne sie fertig werden sollte.“
„Das heißt also, daß ich zu viel bin,“ sagte er böse.
„Mein Gott, wie kannst du denn so etwas sagen?“
Statt einer Antwort lächelte er sie auf die Stirn und warf mir einen triumphierenden Blick zu.
In diesem Augenblick wurde draußen geläutet und ich ging öffnen. Ich stand dem Gerichtsvollzieher gegenüber, der einen Zahlungsauftrag über sechshundert Franken brachte; diese Summe hatte das Strafgericht anerkannt.
Vater und Mutter blickten einander schweigend an.
Was soll man tun?
„Könntest du dich nicht an deinen Bruder wenden?“ schlug die Mutter vor.
„Er wird nichts hergeben. . . außer wenn jemand zu ihm geht.“
Er blickte mich an. Ich hatte verstanden und senkte den Kopf, denn es wäre mir sehr schwer gefallen, diesen Auftrag auszuführen. Ohne etwas zu sagen ging ich zur Tür und hörte ihn murmeln: „Dieser Junge hat kein Herz.“
Schon war mir die Mutter nachgeeilt und zog mich auf den Korridor.
„Jacques, ich beschwöre dich, fahr' nach Grenoble und such' den Onkel auf, sag' ihm wie alles steht. . . wart' ein wenig. Doch, erzähle ihm die ganze Wahrheit, er kann dir nicht seine Hilfe verweigern, schon seit langer Zeit hat er nichts für uns getan. Und dann siehst du ja deinem Großvater so ähnlich. Du wirst sehen, er wird gerührt sein und uns helfen.“
Ich zögerte noch immer.
„Tu es mir zuliebe, ich weiß ganz gut, wie schwer es dir fällt.“
„Dir zuliebe,“ sagte ich langsam, „aber nur deshalb, für ihn tue ich nichts, ich will, daß er es weiß und . . . er soll mir auch nicht danken, denn ich tue alles nur für dich.“
„Ich weiß, Dank, mein Kind.“
Sofort entriß sie mir das Versprechen, daß ich gleich am nächsten Tag abreisen wollte.
Als ich mich verabschiedete, kam der Vater auf mich zu, drückte einen herzlichen Kuß auf meine Stirn, zwei Tränen glänzten in seinen Augen.
„Gott segne dich und schenke dir ein glückliches Gelingen,“ sagte er mit vor Schluchzen halberstimmter Stimme.

Dieser Onkel, der Bruder meines Vaters, war ein berühmter Arzt, ich hatte ihn seit zehn Jahren nicht mehr gesehen. Jetzt, als ich im Warten saß, klopfte mir das Herz heftig. Viele Leute warteten. Ich betrachtete die Bilder, die an den Wänden hingen, unter ihnen mein Großvater als junger Mann, der mir wirklich auffallend ähnlich sah. Mein Blick wurde immer wieder von seinem angezogen und ich bat ihn um seine Hilfe.
Die Tür ging auf und mein Onkel erschien auf der Schwelle. Er blickte im Zimmer umher, mich erkannte er nicht. Eine Dame stand auf und ich wartete, bis die Reihe an mich kam. Der Onkel war sechzig Jahre alt, schien aber kaum fünfundsiebzehn zu sein. Er war sehr groß, hatte bräunliche Gesichtsfarbe, der Typus der Balcourts war nicht zu verkennen. Ich drückte den Brief meiner Mutter an Herz — nur mit vieler Mühe hatte ich sie bewegen können, zu schreiben — und ich betrachtete immerfort die Bilder an den Wänden. Ein Herr trug Generalsuniform, der zweite war ein Major; einer von ihnen mußte mein Urgroßvater sein, und ich versuchte aus den Gesichtszügen die Ähnlichkeit herauszufinden. Da ging die Tür auf, ich zitterte am ganzen Körper. Mein Onkel sah es und da er gewohnt war, daß Menschen, die ihn suchten, voll Angst seine vielleicht furchtbare Diagnose erwarteten, fragte er mit beschwichtigender Stimme: „Was wünschen Sie?“
Ich nannte meinen Namen.
„Du bist der kleine Jacques, nicht wahr?“ sagte er ruhig und betrachtete mich vom Kopf bis zu den Füßen.
„Er ließ mich in sein Ordinationszimmer eintreten.“
„Nun, was gibst du denn?“
Mit einer Handbewegung wies er mir einen Stuhl an, der ganz im Licht stand und ohne meine Antwort zu erwarten, fügte er hinzu: „Wahrscheinlich steht es dort wieder schlecht.“
„O ja, sehr schlecht.“ Und ich gab ihm den Brief meiner Mutter, den er in größter Ruhe zweimal durchlas.
Ich war so erregt, daß ich vergaß, mich im Zimmer umzusehen, ich ließ keinen Blick von seinem Gesicht. Nichts rührte sich darin. Als er den Brief zum zweitenmal gelesen hatte, schüttelte er den Kopf, ein melancholischer Ausdruck veränderte sein Gesicht und er sagte mit leicht verschleierter Stimme: „Mein lieber Junge, deine Mutter ist eine Heilige, die sich ganz für einen Mann geopfert hat, der dieses Opfers nicht wert war und . . . sie hat euch mitgeopfert.“
(Fortsetzung folgt.)

Kraubmord an einem Kassenboten.

Am Ruinenberg in Potsdam überfallen und erschlagen.

Am Freitagmittag gegen 1 Uhr wurde der 18jährige städtische Kassenbote Bernhard Hammermeister, geboren am 6. August 1909 zu Berlin, nordöstlich der Chaussee Potsdam-Borsdorf am Südwesthang des Ruinenberges schwer verletzt und beraubt aufgefunden. Als man Hammermeister fand, war er vollständig bewusstlos; er gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich und verstarb bald darauf. Am Tatort muß ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Der Ermordete hatte gegen 9 Uhr 45 Minuten vormittags auf der städtischen Hauptkasse in Potsdam 4000 Mark abgeholt und wollte diese auf dem Städtischen Gaswerk in der Schiffbauergasse in Potsdam abliefern. Nachdem Hammermeister die Hauptkasse verlassen hatte, suchte er zwei Gemüsegeschäfte am Alten Markt und in der Grünstraße auf und kaufte sich sechs Äpfelchen. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Wieder einmal Herr Pahlke.

Der vierte Altkensbeseitigungsprozess.

Der vierte Altkensbeseitigungsprozess hat erstens geendet, als die drei ersten; trotzdem entbehrt er nicht einiger heiterer Momente. Diesmal hatte Oberstaatsanwalt Pahlke sich gleich wegen drei Fällen zu verantworten. So sahen auch neben ihm drei seiner Altkens, darunter die Frau G.

Den Wohnort ihres Mannes will Frau G. nicht nennen; auch sonst verweigert sie die Antwort auf so mancher heikle Frage des Vorsitzenden. Nicht ohne Grund: Ihre Beziehungen zu Pahlke hatten sich nämlich recht kompliziert gestaltet. In Moabit war sie fast 12jähriger Gast; denn als die Revision in ihrer Reineidsache verworfen wurde und sie keine Hoffnung mehr hatte, begnadigt zu werden, erbat sie gegen alle Zeugen aus ihrem Prozeß der Reineid wegen Reineids. Eines schönen Tages winkte sie Herrn Pahlke zu, der folgte ihr auf den Korridor. Von dort führte er sie in seine Stimmkammer, versprach ihr hier, sich ihrer Altkens anzunehmen, erhielt dafür 15 M., selbstverständlich nur als Darlehen, und begab sich schließlich, trotz der Dienststunde, mit seiner Altkens in ein Hotel. Der Staatsanwalt meinte, daß strafrechtliche Theorie wie Praxis sich darüber unheimlich seien, ob die Vorgänge im Hotel als Vermögensverstoß zu betrachten seien oder nicht. Jedenfalls liege altes und passives Bestehen vor.

Der zweite Altkens Pahlkes, ein Händler B. aus der Zentralmarkthalle, wohnte mit ihm in derselben Straße. Als er für eine nichtbezahlte Geldstrafe 40 Tage abzuhängen hatte, einigte er dem Hofmeister darüber, daß Pahlke gegen Zahlung von mehreren hundert Mark seine Straftaten rektlos beseitigt. Auch der dritte Altkens Pahlkes ist ein Händler K. aus der Zentralmarkthalle, der wegen Reineids sechs Monate Gefängnis abzuhängen hatte. Die ganze Markthalle mußte das, natürlich auch B. Da sagte er ihm eines Tages: „Du wirst doch keine Strafe nicht abhängen.“ „Wie denn anders?“ meinte K. „Das singere ich dir schon.“ Er rief sofort Pahlke ins Kriminalgericht an, legte ihm den Fall vor, und nannte ihm das Altkens. „Aber unter 500 M. mache ich das nicht“, erhielt er zur Antwort. „Sollst du haben“, sagte dazu B. Und Pahlke händigte dem K. dessen Altkens aus. Dieser aber zeigte einzelne Stücke daraus seinen Kollegen in der Zentralmarkthalle. Es hieß nun allgemein, in Moabit gehe es nicht mit richtigen Dingen zu, man könne da alles machen, was man wolle. Da fand sich ein Gerechter. Er schrieb einen anonymen Brief an die Staatsanwaltschaft. So kam die Sache ans Tageslicht. Pahlke erhielt jetzt wegen Altkensbeseitigung und Bestechung in zwei Fällen 1 Jahr 7 Monate Gefängnis, 300 M. Geldstrafe, oder weitere 30 Tage Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust; dreimal je 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und dreimal je 3 Jahre Ehrverlust hat er ja bereits. Frau G. wurde freigesprochen, da ja die 15 M. ebenfalls nur ein Darlehen gewesen sein könnten. Der Altkensdienst im Hotel strafrechtlich nicht in Frage kommen könnte, und die Altkens unberührt geblieben waren. B. wurde wegen Bestechung zu 1 Jahr Gefängnis und K. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kindertrauäbdien.

Auf entsetzliche Weise kam gestern das 3½jährige Kind Biele Lotte des Kaufmanns Sch. in der elterlichen Wohnung in der Mariannenstraße ums Leben. Die Kleine spielte in der Küche und fiel während der Abwesenheit der Mutter in einen mit siedendem heißem Seifenwasser gefüllten Kessel. Es erlitt schwere Verbrennungen am ganzen Körper und mußte in das Urban-Krankenhaus geschafft werden, wo es kurz nach der Entlieferung starb. — Die üble Lust des „Anhängers“ hat gestern nachmittag in der Torgauer Straße wieder ein Todesopfer gefordert. Der sechsjährige Schüler Franz Lorenz aus der Sedanstraße 46 hängte sich an die Verbindungstange eines in Fahrt befindlichen städtischen Wägelchens mit Anhänger. Der Knabe stürzte auf das Straßenpflaster und die Räder des Anhängers gingen über ihn hinweg. Er war sofort tot. Die Leiche wurde befehlsgemäß und zur Halle in der Egidienstraße geschafft. — Beim Spielen lief die siebenjährige Ebith Grilling aus der Gollnowstraße in der Nähe der elterlichen Wohnung in eine Kraftdrochke hinein. Das Mädchen erlitt einen doppelten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Es fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme, wo es sehr bedenklich danteliegt.

Waghalsige Einbrecherkletterer.

Tollkühne Geldschrankeinbrecher suchten in der Nacht zum Freitag eine Schloßfabrik in der Potsdamer Straße heim. Nach der Feststellung der Kriminalpolizei gingen sie von einem Hause der Frobenstraße aus vor, in das sie sich irgendwie Eingang verschafft hatten, stiegen hier auf das Dach hinauf und hatten nun über mehrere Dächer hinweg einen beschwerlichen Weg zurückzulegen, um an das Haus in der Potsdamer Straße zu gelangen. Auch mehrere große Brandmauern mußten sie übersteigen. Am Ziel angelangt, hatten sie noch die schwerste Gefahr zu bestehen. Auf dem Hofe des Grundstücks in der Potsdamer Straße ist ein Wasser- aufzug gestellt, errichtet, das frei steht und oben in der Höhe

des vierten Stockes mit einer Eisenstange abgestützt ist, die in die gegenüberliegende Wand eingelassen ist. Von dem Dachfirst glitten nun die Diebe bis an die Regenrinne hinab. Von hier aus erreichten sie die Eisenstange und von ihr schlangen sie sich in die Ritze eines etwas eingebauten Fensters, dessen oberer Flügel aufstand. Vom 4. Stock stiegen sie in den ersten hinunter in die Räume der Schloßfabrik und schweiften hier den Geldschrank auf. Sie fanden darin 20 000 Mark bares Geld und einen Damenbrillantring, der auch noch 1500 Mark wert ist. Er trägt in der Mitte eine große weiße Perle, die ein Kranz von Brillanten umgibt. Den Rückweg nahmen die Diebe wieder durch das Fenster über die Eisenstange und die Dächer.

Der deutsche Ostseeverkehr.

Billigere Fahrpreise ab 1. März Stettin—Reval.

Wie aus Stettin berichtet wird, ist der Verkehr mit Leninograd wegen der Eisverhältnisse zurzeit unterbrochen. Mit der Aufnahme des Dampferverkehrs wird kaum vor Anfang Mai zu rechnen sein. Die Stettiner Dampfer-Compagnie hat die Fahrpreise zwischen Stettin—Reval ab 1. März um 20 Prozent ermäßigt. Die Preise einschließlich Beköstigung betragen von diesem Tage ab in der Kajüte 70 M. und im Zwischendeck 45 M. Die Dampfer verkehren ab Stettin jeden Freitag 7 Uhr abends. Ankunft in Reval Sonntags abends. — In die Linie Lübeck—Abo hat die Angartings-Altiebologer „Bore“ ihren Schnelldampfer „Nordstern“ eingestellt, der bisher zwischen Stockholm—Abo verkehrte. Das Schiff fährt während der Wintermonate jeden zweiten Sonnabend, erstmals am 26. Februar, nachmittags ab Lübeck und bietet eine besonders billige Ueberfahrt nach Finnland. Die Fahrpreise betragen einschl. Verpflegung in der ersten Klasse etwa 74 M., in der zweiten etwa 63 M. und in der dritten ohne Verpflegung etwa 55 M. Die Ankunft erfolgt in Abo Montags nachmittags, mit Eisenbahnanschluss nach Helsinki.

Wege und Ziele der Verwaltungsreform.

Vortrag bei den parteigenösslichen Juristen.

In der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen sprach der Bürgermeister des Bezirks Kreuzberg, Genosse Dr. Herz, über Verwaltungsreform. Im hochkapitalistischen Zeitalter steht, so führte der Redner aus, die Verwaltungstätigkeit vor besonders schwierigen Aufgaben. Die Rechtsnormen werden immer verwickelter, der Verwaltungsapparat verfeinert sich technisch immer mehr, die Anforderungen an die Verwaltung werden von Tag zu Tag komplizierter. Die Frage ist nun: Wo ist für den neuen Staat der demokratische Beamte herzunehmen, der seinen Aufgaben gerecht würde? Die Arbeiterkassen kann aus ihrer Mitte nur nach und nach die erforderlichen Kräfte aussondern. Die politische Demokratie ist aber gerade für die Verwaltung von größter Bedeutung. Die Revolution vom Jahre 1918 hat zwar eine demokratische Verfassung geschaffen; die Verwaltung ist aber die frühere Oberleitungsverwaltung geblieben. Daher kommt die Spannung zwischen Verfassung und Verwaltung. Diese wird durch das Fehlen jeglicher demokratischer Tradition in Deutschland noch gesteigert. Die Anpassung der Verwaltung an die Verfassung kann in der Richtung des Aufbaues und in der Ausgestaltung des Aufgabenspektrums vor sich gehen. Der demokratische Verwaltungsaufbau kann entweder zentralistisch wie in Frankreich sein oder dezentralistisch wie in England. Hier ist die Gemeinde die Grundzelle, das Parlament der oberste Verwaltungskörper. Die deutschen Länder waren stets absolutistisch-zentralistisch. Die Konsolidierung der preussischen Verwaltung z. B. geschah unter Friedrich dem Großen. Der Bürger wurde damals der Bürokratie ausgeliefert, der Bauer dem stehenden Junker. Letzterer wirkt noch heute nach, weiter als bis zum Landrat reicht die Einflussphäre der Verwaltung nicht. In den Städten wieder bildet die Gemeinde allein einen wirtschaftlichen Organismus.

Die Demokratisierung der Verwaltung in Deutschland kann nur über die erweiterte Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem Wege der Dezentralisation vor sich gehen. Die zweite Forderung des Aufbaues ist die Vereinfachung der Verwaltung unter Ausschaltung überflüssiger Instanzen. Eine solche überflüssige Instanz bedeutet der Regierungspräsident neben dem Oberpräsidenten. Was die Aufgaben der Verwaltung betrifft, so handelt es sich hierbei um Schaffung von Reichsgesetzen auf

den Gebieten, wo sie noch nicht vorhanden sind. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird die Arbeiterschaft ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Sie wird aus ihrer Mitte die Menschen heranzubringen haben, die diesen Aufgaben gerecht zu werden imstande sind.

Die zahlreichen Diskussionsredner konnten sich mit dem Vortrag nicht einverstanden erklären. Sie waren im großen und ganzen der Ansicht, daß unter heutigen Verhältnissen eine zu große Erweiterung der Selbstverwaltung der Entwicklung der Demokratie eher schaden als nützen könnte. Genosse Alpinist, der frühere sächsische Innenminister, äußerte sich u. a. dahin, daß eine Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden in erster Linie gewisse wirtschaftliche Voraussetzungen erfordert, die im Augenblick nicht gegeben sind. Genosse Dr. Rosenfeld teilte mit, daß im Anschluß an den Parteitag in Kiel eine Reichskonferenz sozialdemokratischer Juristen stattfinden soll. Gegenstand der Konferenz wird die zu erwartende Strafrechtsreform sein.

Hausbesitzer suchen Bundesgenossen.

Im „Grundigentum“ vom 20. Februar 1927, „Kette und größte Zeitschrift für Haus- und Grundbesitz“, die — natürlich — bei Scherl erscheint, sucht ein Dr. Wolff Bundesgenossen für die Hausbesitzer. In einem Artikel „Leidensgenossen? Bundesgenossen!“ schreibt er:

Die gemeinsame Front ist nur erreichbar, wenn man sich um die Nachbarorganisationen kümmert. Im ganzen Deutschland gibt es nicht, was mehr an die Wohnungswirtschaft erinnert als die Ausnahmegeetze, unter denen die Kräfte ihre Kassenfranken behandeln müssen. Sie haben nicht das Recht auf einen freien Arbeitsvertrag, sondern der Vertrag wird ihnen von Schiedsämtern usw. aufoktroiert. Bei dieser Rechtslosigkeit wächst eine steigende Erbitterung heran, die eines Tages eine Katastrophe herbeiführen kann. Und ebenso, wie es gegen die Hausbesitzer unter der Zwangswirtschaft Ausnahmegeetze gibt, so gibt es bei Hausbesitzern und Arbeitern eine aufoktroierte „gesetzliche“ Bezahlung. Es gibt eine preussische Schiedsordnung aus dem Jahre 1896, deren Mindestsätze (1 M. für eine Konsultation) für die Armenprotektion gelten und schon mit Unrecht den Kräften zugestimmt worden sind.

Hieraus folgert Herr Wolff:

Die Leuten aus diesen nackten Tatsachen ergeben sich von selbst! Gleiche Gefahren und gleiche Gegner bedrohen alle diejenigen, von denen vorhin gesagt wurde, daß sie in einer Front stehen müßten. Die Herstellung dieser Front ist keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit der praktischen Politik.

Die Kertze, nach Birchow „die natürlichen Anwälte der Armen“, Arm in Arm mit den Grundigentümern, das muß ein schönes Bild geben. Zwar ist ein großer Teil der Kertze selbst Mieter, aber die Hausbesitzer werden schon wissen, warum sie sich gerade bei den Kertzen anzuschließen versuchen. Die Proletarier in den Mieterorganisationen sind ja dieselben wie in den Krankenkassen. Kommen die Angriffe von zwei Seiten, so wird der Gegner schon müde werden. Vielleicht können die Herren sich aber verrechnen. Mieter und Versicherte werden sich ihrer Haut zu wehren wissen.

Sechs Jahre Zuchthaus für einen Räuber.

Wegen versuchten und vollendeten schweren Raubes mußte sich vor dem großen Schöffengericht Berlin-Schöneberg der Kesselschmid Blomatomij veraninorten. Es handelte sich um die beiden dreifachen Raubüberfälle, die Anfang Januar von dem Angeklagten am Sachsenplatz und in der Eberswalder Straße verübt wurden. Als eines Abends gegen 11 Uhr der Kaufmann Rohmann sich in seinem Kontor auf dem Kahlenberg, Sachsenplatz 60, aufhielt, wurde plötzlich die Tür geöffnet, und eine Hand mit einer drohend auf Rohmann gerichteten Pistole griff um den Türpoßten. Dann ertönte die Aufforderung: „Briestafche oder ich schieße!“ Der Bedrohte ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern ergriff ein in der Nähe liegendes Beil und schlug damit so kräftig auf die Hand des Räubers, daß die Pistole auf den Boden fiel. Die Waffe nahm er an sich und gab hinter dem Türpoßten mehrere Schüsse ab. Kurz darauf erhielt der Polizeimeister Kofchewitsch in seinem Kontor in der Eberswalder Straße auch einen unangenehmen Besuch. Diesmal hatte der Räuber mehr Glück und erbeutete 50 M. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte im ersten Falle sogar die Telephonbrüche durchgeschritten, also den Raub ganz planmäßig vorbereitet hatte, beantragte der Staatsanwalt 7 Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte auf 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Wochenendverkehr Berlin—Brandenburg.

Die Industrie- und Handelskammer hat auf Grund verschiedener Klagen an die Reichsbahndirektion Magdeburg eine Eingabe gerichtet, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß an den Sonn- und Feiertagen eine äußerst ungünstige Zugverbindung zwischen den an der Strecke Brandenburg—Werder gelegenen Orten und Berlin besteht. Aus diesem Grunde sei der Ausflugs- und Wochenendverkehr nach diesen Orten und ihrer näheren und weiteren Umgebung trotz der Herausgabe von Sonntagsrückfahrkarten nur zum Teil durchführbar, weil die Reichsbahn-gesellschaft den gesteigerten Verkehr nicht genügend Rechnung trage. Durch eine Reihe von Personenzügen, zu denen gegebenenfalls noch Vorzüge gefahren würden, werde es zwar ermöglicht, daß die Orte am Sonntag nachmittag bequem zu erreichen seien, am Sonntag leihen aber die nötigen Züge, so daß eine geradezu unerträgliche Ueberfüllung die Folge sei. Es sei daher dringend zu wünschen, daß die Zugfolge auf der Strecke Brandenburg—Berlin in einer den Verkehrsbedürfnissen besser entsprechenden Weise ausgestaltet werde. Die Handelskammer betont, daß eine wesentliche Verbesserung verhältnismäßig leicht durch die Weiterführung des zwischen Groß-Wusterwitz und Brandenburg verkehrenden Zugs als Personenzug bis Werder, der in Werder dann dem Vorortzug sich anschließen müßte, erzielt werden könnte.

Schwerer Verlust beim Geldwechsell.

Wir erhalten folgende als „Appell an die Menschlichkeit“ bezeichnete Bitte, die wir gern veröffentlichen: „Den beiden Herren, denen am Donnerstag, den 24. Februar, kurz nach 2 Uhr nachmittags, am Schalter 7 des Postamts 24

Funkwinkel.

In ihrer Vortragsreihe „Bahnbrechende Frauen“ umreißt Adele Schreiber das Bild von Hedwig Dohm. Heute, wenige Jahre nach ihrem Tode, beinahe vergessen, war sie ehemals eine der führenden Persönlichkeiten in der deutschen Frauenbewegung. Eine gewisse Schüchternheit hinderte sie, im öffentlichen Leben aufzutreten. Ihre Wirksamkeit vollzog sich mehr in der Stille. Aber bis in ihr Alter wurde sie von einem energischen Tätigkeitstrieb beherrscht. Eine Reihe Romane kämpferischen Charakters legt noch heute für das Streben dieser Frau Zeugnis ab. Adele Schreiber schildert sie als achtzigjährige, wie sie lebenswürdig, gütig und zart, zurückgezogen in ihrer Wohnung im Tiergarten lebte. Noch in diesem Alter nahm sie teil an den Interessen des öffentlichen Lebens. Sie hatte den Krieg. Ihre Schriften während dieser Zeit sind ein Protest gegen den Völkerverhaß. Sie war Sozialistin, nicht der Partei nach, aber in ihrem Eintreten für das Recht aller, eine freie Denkerin, die immer selbstlos bis zum äußersten war. — Sehr unterhaltsam und auch instruktiv sind die Vorträge Dr. Fritz Rasmanns über den Sprachwandel des täglichen Lebens. Hans Philipp Weiz wech in seinem Vortrag „Funkt und Flug“ nur von deflationären Segenswünschen und Telegrammen zu berichten, die anlässlich eines Kunstfluges über Deutschland vom Flugzeug aus an deutsche Sender gegeben wurden. Im ganzen eine überflüssige Uebung. Das Quartett spielt Mozart, Brahms und Schubert. Der Berliner Funktunde ist zu danken, daß sie dieses herrliche Quartett für ihre Darbietungen verpflichtete.

W.H. Wittig

Selbst Fachleute

erkennen an, dass die Enver Bey Zigaretten an Qualität nicht zu übertreffen sind. Sie sind unwidersprochen die besten.

ENVER BEY

Fabelhaft 3A-Ballnacht 4A-Gold 5A

Serien Tische

wieder etwas ganz **Gewaltiges**

Nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten!

- Krepp-Marocaine** doppelt breit, hübsche Muster 50 Pf.
- Kleider-Musseline** ca. 80 cm breit 50 Pf.
- Zephir** gestreift oder glatt-farbig 50 Pf.
- 2 Küchen-Handtücher** 50 Pf.
- Weiße Dreil-Handtücher** 50 Pf.
- Renforcé** für Leibwäsche gute Qualität 50 Pf.
- Linon** Kleiderstoffe 50 Pf.
- 4 Make-Taschentüch.** 50 Pf.
- Damenstrümpfe** Doppelt-schwarz und farbig 50 Pf.
- 2 Paar Herren-Socken** grau gestreift 50 Pf.
- Herren-Socken** bunt gemustert, feine Baumwolle 50 Pf.
- Kindersrümpfe** gute Baumwolle Gr. 1-5 Paar 50 Pf.
- Kinder-Schlupfhosen** Baumwolle, alle Größen, Paar 50 Pf.
- Unterziehmäntchen** für Damen, weiß u. farbig 50 Pf.
- 2 Scheiben - Gardinen** sogl. Tüll oder Elamine 50 Pf.
- Wandschoner** Wachsdruck, ca. 60x90 cm 50 Pf.
- Elamine** kariert, 150 cm breit 50 Pf.
- Unterlätze mit Stickerel** 50 Pf.
- Hemden** für Mädchen oder Knaben 50 Pf.
- Schürzen** für Mädchen oder Knaben 50 Pf.
- Strickhöschen** oder Strümpfen 50 Pf.
- Büstenhalter** Trikot 50 Pf.
- Selbstbinder** moderne Muster, zum Aussuchen 50 Pf.
- Herren-Kragen** 4fach Mako, alle modernen Formen 50 Pf.
- Morgen- oder Servier-Haube** 50 Pf.
- Spitzen - Westen** moderne Formen 50 Pf.
- Klöppel - Spitzen** Coupon 4 oder 5 Meter 50 Pf.
- Mitteldecken, Läufer** 50 Pf.
- 4 Staubtücher** 50 Pf.
- Rosenträger** Gummi 50 Pf.
- 3 Rollen Unterzarn** 50 Pf.
- Handschuhe** für Damen und Herren, Paar 50 Pf.
- Wollwaren** auf Extra-Tischen
- Kinder-Sportwesten** reine Wolle 1,90, 2,90
- Kinder-Pullover** reine Wolle 1,90, 2,90
- Damen-Pullover** mit Kragen und langen Ärmeln 2,90, 4,90, 5,90
- Sportwesten** für Damen u. Herren 3,90, 4,90

- Frotte** doppelt breit, grau gestreift 90 Pf.
- Krepp-Schotten** oder Orreife 90 Pf.
- Vollvorte** 100 cm br., hübsche Muster 90 Pf.
- Ramage** Kunstseide, Lichtfarben, 1. Tanskleider 90 Pf.
- 1 Rolltuch** gestreift 90 Pf.
- 4 Geschirrtücher** 45x45 90 Pf.
- Linon** Deckbettbreite 90 Pf.
- Hausstuch** für Bettläden 90 Pf.
- 3 Mir. Rohnessel** 90 Pf.
- 2 Mir. Hemdenbarchent** gestreift 90 Pf.
- Reinlelene Handtücher** 90 Pf.
- 1 Kopfkissen** aus Wäschstuch 90 Pf.
- 1 Mir. Bettsatin** 90 Pf.
- 4 Buchstaben-Taschentücher** 90 Pf.
- Damenstrümpfe** Seidenfaser, Kunstseide, echt Mako 90 Pf.
- Herren-Socken** Mako neue Muster 90 Pf.
- Schlupfhosen** für Damen u. Kinder, Kunstseide, Paar 90 Pf.
- Damen-Hemdosen** fein gewirkt 90 Pf.
- Kissen-Füllung** 90 Pf.
- Gobein-Kissenplatten** Figurenmuster 90 Pf.
- Tischdecken** kechelartig, bedruckt 90 Pf.
- Wachsdruck-Tischdecken** 60x100, Barchentware 90 Pf.
- Damen-Hemden** verschiedene Ausführungen 90 Pf.
- Hemdosen** garniert oder mit Motiven 90 Pf.
- Damen-Schürzen** bunt oder gestreift 90 Pf.
- Damen-Schürzen** Gummi 90 Pf.
- Selbstbinder** reine Seide 90 Pf.
- 1 Servier-Schürze** weiß 90 Pf.
- 10 Mir. Bettlätze** mit 2 Garnituren Genzel 90 Pf.
- Damen-Konfektion**
- Kasaks** kariertes Flacell vom Durchknüpfen 1,90
- Cheviot-Kleider** reine Wolle, jugendliche Form 2,90
- Morgenröcke** aus gut. Wollse 2,90
- Morgenröcke** aus Wasch-musseline 1,90
- Wash-Samtkleidchen** für Kinder, Länge 45, 50, 55 cm 1,90
- Pulloverkleider** mit Faltenrock aus reinwei. Cheviot 3,90
- Hauskleider** langer Arm, karierte Stoffe 3,90

50

90

190

290

390

- Frotterhandtücher** Jacquard 90 Pf.
- Crépe de Chine-Garnituren** 90 Pf.
- Spachtel- u. Spitzen-Westen** 90 Pf.
- Stickerel-Coupon** Coupon 1,00 u. 2,50 Mir. Coupon 90 Pf.
- Kunstseid. Schals** moderne Muster 90 Pf.
- Trikot - Höschen** mit angerauchtem Futter 90 Pf.
- Küchenhandtücher** Tischdecken zum Aussuchen 90 Pf.
- Klammerschürzen** 90 Pf.
- Waschtisch-Garnituren** 90 Pf.
- Bastseide** reine Seide 1,90
- Papillon-Schotten** feine Wollse 1,90
- Reinwollener Popeline** doppelt breit 1,90
- Waschsam** in großen Sortimenten 1,90
- 1 Posten Tischdecken** Halbleinen, zum Aussuchen 1,90
- 3 Mir. Makotie** 1,90
- 3 Mir. Körper-Barchent** weiß geblickt 1,90
- Bettdecken** einseitig, Elamine und Tüll 1,90
- Kissen-Garnitur** Sitz u. Lehne 1,90
- Damen-Strümpfe** gute Kunst-Waschseide 1,90
- Schlupfhosen** Kunstseide, mit angerauch. Futter 1,90
- Nachthemden** Bubiform 1,90
- Prinzeß-Röcke** mit Stickerel 1,90
- Damen-Hemden** Aohaelchlin oder Trägerform 1,90
- Servier-Kleider** Zephir 1,90
- Hälthalter** Dreil 1,90
- Herren-Hemden** oder Hosen wollgemischt 1,90
- Bastseide** bedruckt, neueste Muster, Mir. 2,90
- 1 Deckbett** aus gutem Waschstoff 2,90
- 1 Körper-Roulean** 130 cm breit, mit Kurbeltickerel 2,90
- Damen-Handschuhe** Glas, glatt od. mit Anstattg. 2,90
- Crépe de Chine-Schals** 2,90
- Unterkleider** Kunstseide, gestreift 2,90
- Herren-Schirme** Halbleide 3,90
- Schlüpfer** Kunstseide, gestreift, Grobes Farbensortiment 2,90
- Damen-Handschuhe** Nappa 3,90
- Tuch-Gamaschen** für Herren 3,90
- Tafel-Kunstseide** Meter 3,90
- Bettdecken** 2 bettig, Elamine, mit Einsatz 3,90
- Oberhemden** Perkal mit Kragen oder weiße Hemden 3,90

- Nur Turmstraße**
- 1 Emaille - Schmortopf** 16 cm 50 Pf.
- 1 Teefasse u. 1 Kuchenteller** Porzellan m. Japandekor 50 Pf.
- 1 Teekanne** Porzellan mit Kantendekor 50 Pf.
- 1 Käseglocke** gepreßt 50 Pf.
- Lavendel-Fliesen** od. Linsen-Fliesen, Karton 3 Stück 50 Pf.
- Parfüm-Zerstäuber** moderne Muster 50 Pf.
- Rin-Formen** Leinwand, zum Aussuchen 50 Pf.
- Berutstasche** mit Ledergriff 50 Pf.
- Messer-Kasten** Buche, 2stellig 50 Pf.
- Besteck** mit schwarzen Griff Solinger Fabrikat 50 Pf.
- Briefpapier-Kassette** 50/20 Packung 50 Pf.
- 150 Geschlitzumschläge** farbig 50 Pf.
- 1 Wasserflasche mit Glas** geschliffen 50 Pf.
- Ideal-Gummi-Schwamm** große Form 50 Pf.
- 6 Bierbecher** mit Mattrand 90 Pf.
- 1 Garderoben-Leiste** Buche mit 5 Haken 90 Pf.
- Kernseife** ca. 200 g 6 Biegel 90 Pf.
- Rose- oder Fliederseife** 3 große Stücke 90 Pf.
- Koffertasche** Leder 90 Pf.
- Kinder-Tuchmützen** 90 Pf.
- 1 Krümelgarnitur** vernickelt 90 Pf.
- 1 Aluminium-Schmortopf** 16 cm mit Deckel 90 Pf.
- 3 Tassen m. Untertassen** Porzellan, bunt dekoriert 90 Pf.
- 1 Quirigarnitur** 5stellig mit Gestell 90 Pf.
- 1 Emaille - Schmortopf** ca. 22 cm 90 Pf.
- 1 Kaffee-Service** Porzellan, für 3 Pers. 90 Pf.
- 1 Torien-Platte** Steingut mit vernickeltem Rand 1,90
- 1 Kristall-Römer** Ueberfang geschliffen 1,90
- 1 Emaille-Spülwanne** Oval, ca. 45 cm 1,90
- 1 Aluminium-Wasserkessel** mit Isodierbügel 1,90
- Selden-Hüte** jugendliche Formen, 3,90, 2,90 1,90
- Stadtkoller** 30 cm, mit Schiene und Leiste 1,90
- Rucksack** Jagdleinen, mit Lederriemen 1,90
- Akten-Mappen** Leder 2,90
- 1 Wand-Kaffeemühle** mit Nosingehälter 2,90
- 1 Waschgarnitur** 4 bettig Steingut, dekoriert 2,90
- 1 Schreibzeug-Garnitur** 3,90
- 1 Kaffee-Service** Porzellan, für 6 Personen 3,90

Die Pest der Subventionen.

Privatkapital gegen Volkswirtschaft. — Neue Aufgaben der Arbeiterschaft.

Seit über drei Jahren ringt die deutsche Volkswirtschaft um ihre Gesundung. Seit Mitte 1925 spätestens ist es klar geworden, daß nur durch den rücksichtslosesten Zwang die Privatwirtschaft dazu zu bewegen ist, für das von ihr investierte Kapital und die von ihr betriebene Politik die Konsequenzen zu tragen. Schon damals hatten sich alle Versuche, durch Subventionen die Gesundung der privaten Unternehmervirtschaft zu fördern, als vergeblich erwiesen.

Ruhlose Erfahrungen.

Der Zusammenbruch der Konzerne erfolgte trotz der 700-Millionen-Geschenke an die Schwerindustrie. Heute, anderthalb Jahre später, nachdem scheinbar der Subventionspolitik abgesehen worden war und die Rationalisierung in vollen Gang gekommen war, liegt wieder eine vollendete Stöckung im Gesundungsprozess der Wirtschaft vor. Rund 2 1/2 Millionen Erwerbslose liegen auf den Straßen, weil die im Rationalisierungsprozess erzielten Rationalisierungsgewinne weder in der Form der Kaufkraftstützung noch durch die Sentung der Presse volkswirtschaftlich wirksam geworden ist. Riesenhafte Kapitalien sind vom Auslande heringekommen worden; trotz gewaltiger Verschuldung an das Ausland, die unsere Exportbilanz auf das schwerste belastet, ist der volkswirtschaftliche Effekt dieser Verschuldung ausgeblieben und durch das Börsenspiel ist nur eine ungeheure Aufwertung der Produktionsanlagen und der Bodengüter erfolgt. Auf der Passivseite der Volkswirtschaft drückt als zentraler Schwerpunkt, das die ganze Zukunft überschattet, eine in den kommenden Jahren noch Milliarden verschlingende Arbeitslosigkeit. Dennoch wird mit der Subventionspolitik in Deutschland nicht Schluss gemacht. Weiter werden aus der schwachen Kaufkraft der Massen, die letztlich die Mittel für alle Subventionen aufzubringen haben, Millionen und Millionen durch das Steuerreservoir in die Privatwirtschaft hineingepumpt. Dabei war es nie offenkundiger als heute, daß die Industrie diese Subventionen nicht braucht, daß sie die Konjunktur der Rechtsblock-Regierung nur begrüßt als eine Gelegenheit, sich auf Kosten des Staates und der Gesamtheit zu bereichern.

Reedereien und Werften.

Da sind die Reedereien und die Werften. Die heutige Lonnage der deutschen Handelsreedereien ist aufgebaut worden aus den 700 Millionen, die das Reich aus allgemeinen Mitteln den Reedereien zur Verfügung gestellt hat. Als diese Mittel verbraucht waren, als nach der Stabilisierung der Währung klar wurde, daß für die übermäßig ausgedehnten Werftbetriebe nicht genügend Beschäftigung zu schaffen war, wurden den Reedern 50 Millionen zur Verfügung gestellt zu außerordentlich niedrigen Zinssätzen, damit sie die Werften mit Aufträgen versehen konnten. Seit Oktober v. J. sind diese 50 Millionen verbraucht. Aber die Situation der Werften, denen die Reederzuschüsse als Aufbesserungs- und Umstellungsgelegenheit dienen sollte, hat sich in betrieblicher Hinsicht nicht geändert. Die wenigen Werftzusammenfassungen und Werftumstellungen, die in den letzten Monaten erfolgt sind, kamen zustande, nachdem die 50 Millionen verbraucht worden waren. Die Subvention hat den Werften, was die Wiederherstellung ihrer Lebensfähigkeit auf Dauer anbelangt, also nichts genützt. Auf der anderen Seite waren die Zinssortteile für die Reeder reine Geschenke des Staates an das Privatkapital.

Dennoch sollen die Subventionsleistungen des Reiches heute fortgesetzt werden. Die Zinsen, die die Reeder für die gewährten Kredite dem Staate schulden, sollen zur Grundlage für neue Kredite gemacht werden, die wiederum außerordentlich niedrig verzinstlich sind. Den Werften andererseits sollen aus diesen neuen Krediten neue Aufträge zugeführt werden. Dabei ist die Lage so, daß der Handel- und Passagierschiffraum längst viel zu groß ist für die Nachfrage und daß die Reedereien das Jahr 1926 mit glänzenden Gewinnen abgeschlossen haben, so daß weder neue Schiffbauaufträge zweckmäßig sind, noch die Reedereien irgendwelche Zinsvergünstigungen nötig haben, es sei denn, daß man ihnen perdenweges das Geld schenken will. Auf den Werften andererseits (natürlich nicht allein) herrscht seit vielen Monaten eine sehr lebhaft betriebliche Beschäftigung. Die monatlichen Aufträge sind von Juni mit 6000 Tonnen im September auf 75 000, im November auf 127 000 und im

Januar auf 175 000 Tonnen gestiegen. In den sieben Monaten seit Juni haben sich die Auftragsbestände um 600 000 Tonnen erhöht, wie wir schon in Nr. 88 des „Vorwärts“ festgestellt haben. Besser kann die Lage der Werften nicht werden, denn an eine Vollbeschäftigung der Werften wird nie zu denken sein. Eine solche Vollbeschäftigung gibt es in der ganzen Welt nicht. Die Werften haben also von neuem die Gelegenheit, jene Umstellungen vorzunehmen, die sie zur Rentabilisierung ihrer Anlagen brauchen, wenn diese Rentabilisierung durch Rehraufträge möglich gemacht werden kann. Aber gerade das ist nicht der Fall. Die Reeder geben Aufträge, die sie niemals geben würden, wenn sie nicht die Zinssortteile der Rechs-Subvention hätten. Und die Werften denken gar nicht an innere Umstellung, weil sie eine ewige Fortdauer der Rehraufträge auf Grund der Subventionen erhoffen.

Subventionen für die Schwerindustrie.

Ganz ähnlich liegen die Dinge im Siegener Erzbezirk. Die Subvention für den Siegener Erzbezirk, 2 Mark für die abgefechtete Tonne Erz, haben sich heute ganz klar trotz ihrer sozial gerechtfertigten Begründung als reine Geschenke an die Schwerindustrie der Ruhr erwiesen, die rund 80 Proz. der Siegener Erzgruben und Eisenindustrie besitzt. In wenigen Monaten sind Förderung und Absatz für Siegener Erz von 50 000 Tonnen auf über 225 000 Tonnen gestiegen. Das ist mehr als das Bierhallische und fast soviel als die Friedensförderung. Das Schwerkapital hat daraus erhebliche Gewinne gezogen. Wohl ist auch der englische Bergarbeiterstreik mit der Belebung der Eisenkonjunktur an dieser Steigerung der Förderung beteiligt. Aber die Belegschaft ist nicht entfernt in demselben Umfang neu eingestellt worden, als die Produktion gestiegen ist. Soweit Rationalisierungserfolge zu verzeichnen sind, ist es durchaus zweifelhaft, ob sie mehr dem außergewöhnlichen Geschenk der englischen Konjunktur als der Subvention zu danken sind. Wenn die Subvention aber einen Sinn hätte, so ist er durch die gewaltige Steigerung der Produktion voll und ganz erfüllt. Auf der anderen Seite haben die im herrschenden Monopolinteresse gewaltige Gewinne erzielt, wie die wenigen bisher vorliegenden Abschlußbilanzen schon für die Zeit bis zum 30. September v. J. beweisen. Die beteiligten Unternehmungen sind also in der Lage, die zur Finanzierung des Siegener Erzbaus erforderlichen Mittel selbst aufzubringen. Dennoch aber haben sie den Antrag gestellt, die Subventionen über den 1. Januar hinaus zu verlängern.

Der Fall Krupp ist ein eklatanter Beweis dafür, wie das deutsche Unternehmertum vorgeht, wenn es zur Erzielung privater Vorteile die Öffentlichkeit täuschen will. Bevor der vorzügliche Abschluß des Krupp-Konzerns bekannt war, wurde Überbürgermeister Bracht von Essen gegen die Reichsregierung vorgebracht mit der Forderung von Subventionen aus sozialen Gründen. Als der eingeschlossene Widerstand der Öffentlichkeit das Subventionsgesuch als aussichtslos erscheinen ließ, zeigte sich Krupp sofort imstande, eine glänzende Anleihe unterzubringen. Wie bei Krupp so liegen die Dinge in fast allen Fällen.

Der neue Fall der Subventionierung der Filmindustrie beweist, wohnin diese Politik der Subventionierung aus Staatsmitteln führen muß. Wo dem Privatkapital Verlust drohen, sei es aus der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, sei es aus Grund fehlgegangener Finanzspekulationen, oder sei es, weil es einfach nicht gewillt ist, für ihre freie Unternehmertätigkeit die Verantwortung zu tragen, da appelliert das Privatkapital an den Staat. Und die heutige Reichsregierung, die vom Schwer- und Agrarkapital beherrscht wird, macht als „junger Mann“ des Privatkapitals einfach den Schrittmacher.

Offenheit und Rechtsregierung.

Die deutsche Offenheit scheint nicht begriffen zu haben, was die heutige Regierungskonstellation im Reich im Zusammenhang mit der Subventionspolitik für die um ihre Gesundung schwer ringende deutsche Volkswirtschaft bedeutet. Von vornherein kann diese Regierung nichts anderes sein als ein einziges Subventionierungsinstrument für das private Kapital; denn welche Politik diese Regierung auch treibe, sie würde fliegen, wenn sie nicht privatkapitalistische Bevorzugungspolitik

treibt. Wenn zu diesem ihren Wesen noch besondere Subventionierungsaktionen hinzutreten, so heißt das von vornherein, daß nicht nur die gesamten konsumierenden Massen, sondern auch die gesamte für den Massenkonsum arbeitende Industrie ausgefaßt und ausgebeutet wird zugunsten jener hochkapitalistischen Drahtzieher des Schwer- und Agrarkapitals, die die privaten Sonderinteressen ihrer Auftraggeber hinter den hochtrabenden, die öffentliche Meinung irreführenden Tiraden von der Förderung des Gesamtinteresses nur verbergen. Für die Volkswirtschaft muß das zur Folge haben, daß die heute schon wieder stehengebliebene Gesundung der Gesamtwirtschaft in einen neuen Sumpf hineingeführt wird, daß die Arbeitslosigkeit von 2 1/2 Millionen Menschen stabilisiert und verewigt wird, die jährlich eine Unsumme Geld kostet und einen furchtbaren Raubbau sowohl in der zukünftigen Leistungsfähigkeit der stillliegenden Arbeitskräfte wie auch an den in den Betrieben um so schärfer ausgenutzten arbeitenden Belegschaften bedeutet.

Subventionen und Arbeiterschaft.

Aber auch die organisierte Arbeiterschaft hat sehr ernste Überlegungen anzustellen. Es ist Tatsache, daß es bisher Gruppen und Verbände gab, die zwar volkswirtschaftlich die Gewährung von Subventionen verurteilten, aber sich in ihrem speziellen Gruppeninteresse mit den Subventionen nicht nur abfanden, sondern sie zum Teil begrüßten. Mit dieser unentschlossenen Haltung in der Frage der Subvention, die aufs tiefste zu beklagen ist, muß in allen Gruppen der organisierten Arbeiterschaft endgültig Schluss gemacht werden, wenn nicht die Arbeiterschaft selbst dazu beitragen will, daß das Privatkapital aus der Haut der tätigen Belegschaften Riemen schneiden und die Erwerbslosigkeit verewigen wird. Man scheint niemals aus den englischen Kohlenjubantionen, denen die Niederlage im Bergarbeiterstreik folgte, noch nicht genug gelernt zu haben. Nichts ist so notwendig, heute und in aller Zukunft, als erfolgreich geführte Lohnkämpfe. Subventionen aber, die auf die Dauer die Erwerbslosigkeit nur stabilisieren, das Privatkapital immer und immer wieder entgegen der tatsächlichen Wirtschaftslage künstlich auch in ihrem Kampf gegen die Arbeiterschaft stärken und letztlich aus den Löhnen der in den Betrieben noch tätigen Belegschaften die kostenlose Finanzierung der Privatindustrie durchführen, — solche Subventionen richten sich nicht nur gegen die unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterschaft, sie zerstören sogar an den entscheidenden Punkten ihre Kampfkraft. Für die gesamte Arbeiterschaft ist deshalb der rücksichtslose Kampf gegen alle Subventionen heute mehr als je eine unausweichliche Pflicht. Nur durch diesen Kampf kann der stehengebliebene Rationalisierungsprozess, dessen Fortführung die Stärkung der Inlandskaufkraft sein muß — auf Kosten des Kapitals, und zwar so lange, bis die Arbeitslosigkeit verschwindet — fortgeführt und mit Erfolg zu Ende geführt werden.

Aus dem Konzern der Diskonto-Gesellschaft. Der A. Schaaffhausen'sche Bankverein (A. G.) Köln ist mit der Norddeutschen Bank in Hamburg eine der Hauptstützen der Diskonto-Gesellschaft Berlin. Ihr Geschäftsabschluss für 1926 schließt mit einer Dividende von 10 Proz. auf das unveränderte Aktienkapital von 25 Millionen Mark. Man wird dieser internen Bilanz aus dem Diskonto-Konzern keine allzu große Bedeutung beimessen haben. Immerhin zeigt sie die typischen Züge der privaten Bankpolitik, die wir schon bei der Besprechung früherer Abschlüsse festzustellen hatten. Das eigentliche Geschäft, die Kreditversorgung der Wirtschaft, ist trotz erheblicher Ausdehnung des Gesamtgeschäftes vernachlässigt worden. Die Wechselbestände sind mit 31,91 Millionen nicht höher wie im Vorjahr. Die Warenbeleihungen sind um fast 25 Proz. auf 10,38 Millionen sogar zurückgegangen. Auch hier ist die Pfandhauswirtschaft bei der Gewährung von Krediten gegenüber dem Vorjahr noch verstärkt. Die Summe der Ausleihungen ist absolut gleich geblieben, der Anteil der durch Pfänder gedeckten Kredite ist aber gestiegen, während die ungedeckten Kredite zurückgegangen. Der ganze Zuwachs an Kundengeldern ist ausschließlich dem Börsengeschäft und der Spekulation zugute gekommen. Auch hier sind die Börsenvorläufe gegenüber 1926 fast verfliegen. Aus der Gewinnrechnung ist sehr bemerkenswert, daß bei gestiegenem Geschäftsumfang die Handlungsunkosten um rund 10 Proz. gestiegen sind. Die Gewinne aus den Emissionen und Komfortialgeschäften sind gegen das Vorjahr mit 1,58 Millionen mehr als verfliegen.

Kinderschuhwaren

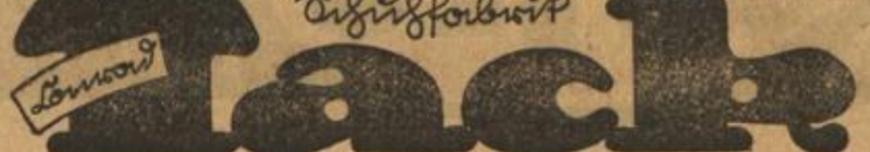
Spezial-Angebot in guten, preiswerten Kinderschuhwaren

- | in schwarz: | in farbig: | in Lack: | für größere Kinder: |
|---|---|--|---|
| Kinderstiefelchen, gefällige Form, Gr. 20-22 2,40, Gr. 18-21 ohne Fleck 1 ⁹⁵ | Brauner KinderSpangenschuh, bel. Artikel, Gr. 20-22 3,00, Gr. 18-20 ohne Fleck 2 ⁷⁰ | Lack-Spangenschuh für d. ganz Kleinen, Gr. 25-26 6,90, Gr. 22-24 5,90, Gr. 20-21 4,90, Gr. 18-19 3 ⁹⁰ | Schulstiefel für Mädchen u. Knaben, haltb. Rindboxl. Gr. 34-35 6,90, Gr. 31-33 6,40, Gr. 29-30 5,90, Gr. 27-28 5 ⁴⁰ |
| KinderSpangenschuhe in haltbarer Verarbeitung, Gr. 25-26 4,40, Gr. 22-24 3,90 und 2,60, Gr. 18-20 2 ⁴⁰ | Brauner Kinderstiefel, echt Glanzlede, Gr. 25-26 5,40, Gr. 23-24 4,90, Gr. 20-22 3,40, Gr. 18-20 ohne Fleck 3 ⁰⁰ | LackSpangenschuhe für Kinder mit Krokos verziert, Gr. 25-26 7,50, Gr. 23-24 6 ⁵⁰ | Mädchen-Spangenschuhe hübsche gefäll. Form, Gr. 36-39 7,90, Gr. 34-35 7,50, Gr. 31-33 6,90, Gr. 29-30 6,50, Gr. 27-28 5 ⁹⁰ |
| Kinderstiefel für 2- bis 5-jährige, Gr. 25-26 4,90, Gr. 22-24 4 ⁵⁰ | Braune KinderSpangenschuhe, Gr. 25-26 4,90, Gr. 22-24 4,40, Gr. 20-21 3 ⁹⁰ | LackSpangenschuhe für Mädchen, Gr. 34-35 7,40, Gr. 31-33 6,90, Gr. 29-30 6,40, Gr. 27-28 5 ⁹⁰ | Große Auswahl in Schuhen und Stiefeln für die Einsegnung |

Jedes Kind erhält einen Luftballon!



150 eigene Verkaufsstellen, davon 20 in Gr.-Berlin u. Potsdam:



& Cie A.-G. Burg b/M.

- C. Spittelmarkt 18
- O. Rosenthaler Str. 14
- W. Schillstr. 16
- W. Potsdamer Str. 60 (an der Kurfürstenstr.)
- NW. Turmstr. 41
- NW. Wilsnacker Str. 22
- NW. Beusselstr. 29
- N. Friedrichstr. 100
- N. Müllersstr. 3
- N. Brunnenstr. 37
- N. Danziger Str. 1
- O. Andreasstr. 30
- O. Frankfurter Allee 22
- SO. Oranienstr. 24
- SO. Wrangelstr. 49
- SW. Friedrichstr. 240/41
- Neu-Ölitz, Bergstr. 30-31
- Potsdam, Brandenburger Str. 34 / Charlottenburg
- Wilmersdorfer Str. 122/23

Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Kampf den Schutzzöllen.

Nach der Erledigung des Antrags über die Beamtenbefolgung, über die wir bereits in der Abendausgabe berichteten, setzte der Landtag die Debatte über den Landwirtschaftsetat fort.

Abg. Meinde (Dem.) fordert eine einheitliche Landwirtschaftsteuer.

Abg. Flögel (Hann.) stellt sich auf den Standpunkt, daß die Kinder in den ländlichen Schulen mit Lehrstoff überfüttert werden. Wir müßten zu dem Lehrplan von vor 25 Jahren zurückkommen. (Lachen links.)

Abg. Barzewski (Pole) beschwert sich über Nichtberücksichtigung der polnischen Minderheit bei den Siedlungen im Osten.

Abg. Wittich (Soz.):

Die Differenzen zwischen Preußen und dem Reich in der Frage der Siedlungstätigkeit sind nach unserer Auffassung nicht auf das Schuldkonto des Landwirtschaftsministeriums zu legen. Wieder, wie vor dem Kriege, erschallt der Ruf: Landwirtschaft in Not! Wie kennen diese Löhne! Man schrei nach Schutzzöllen, Steuererhöhungen, Kreditverleihen usw.

Dabei klagen die Großgrundbesitzer am meisten, während bei den kleinen und mittleren Landwirten wirkliche Notlage herrscht.

Aber trotz des Klagegeschreis sei festgestellt, daß die Landwirtschaft zu den gewaltigen Aufkommen aus der Hauszinssteuer und zur Gewerbesteuer nicht einen Pfennig beiträgt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Leider liegt die Führung der deutschen Landwirtschaft völlig in der Hand des Landbundes, der engstirnigste Interessenpolitik im Sinne der Großgrundbesitzer treibt. Diese Herren können sich kaum in die Lage eines kleinen Bauern hineinversetzen. Und wer sitzt eigentlich in den landwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaften? Meist sind es deutschnationale Herren, für die Einkuren geschaffen wurden. Genau so ist es bei den Landwirtschaftskammern. In Wirklichkeit sollen die kleinen Landwirte durch die Zugehörigkeit zu Landbündlungsorganisationen politisch vor den Wagen des Großgrundbesitzes gespannt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der deutschen Landwirtschaft kann nur durch Hebung der Konsumkraft des deutschen Volkes, also durch Erweiterung des Absatzmarktes geholfen werden. Schutzzölle erreichen durch Preissteigerung das Gegenteil. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Leider hat auch der Zentrumsredner gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch Stellung genommen. Allein durch den Zwischenhandel wird der Preis dieses billigen Nahrungsmittels um das Doppelte gesteigert. Ganz allgemein sagen wir, daß der Weg vom landwirtschaftlichen Produzenten bis zum Konsumenten abgekürzt werden muß. Die ungeliebte Schutzpolitik hindert leider die Bildung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftskörpers, der schließlich im Interesse aller Länder liegt. Soweit die Interessen der Landwirtschaft mit den Interessen der Gesamtwirtschaft zusammenklaffen, wird sich die Sozialdemokratie ihre Förderung angelegen sein lassen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dieß (Z.) tritt für den notleidenden Winzerstand ein.

Durch Annahme eines Schlußantrages wird die Debatte geschlossen. Das Haus verlagte sich darauf auf Sonnabend, den 26. Februar, vormittags 10½ Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen, Einzelberatung des Landwirtschaftsetats.

Landtag und Beamtengehälter.

In dem Landtagsbericht der gestrigen Abendausgabe ist über den Antrag des Beamtenauschusses der Inhalt des Beschlusses nicht richtig wiedergegeben worden. Eine Erhöhung des Zuschlages auf die Grundgehälter der einzelnen Befoldungsgruppen konnte nicht beschlossen werden. Es wurde vielmehr nur eine Entschliebung angenommen, auf das Reich in diesem Sinne einzuzwirken. Die Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Das Staatsministerium wird ersucht, mit dem Reich in Verhandlungen über eine Revidierung der Befoldungsordnung einzutreten und diese so zu beschleunigen, daß mit der Verabschiedung des endgültigen Finanzausgleichs auch die Revision der Befoldungsordnung abgeschlossen ist.“

Die Verschwendung bei der Marine.

Das Budgetrecht des Reichstages verlehrt.

In der fortgeführten Beratung des Marineetats in der Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt verwahrten sich die Genossen Stücklen und Schöpflin dagegen, nur um der Kritik willen zu kritisieren. Die sozialdemokratische Kritik sei vielmehr getragen von der Absicht, Besserung zu erzielen. Zu behaupten, daß die Sicherheit Deutschlands durch unsere Anträge gefährdet wäre,

sei tödlich. Wir hätten immer anerkannt, daß Deutschland in der Lage sein müsse, sich gegen einen etwaigen Angriff zu verteidigen. Selbstverständlich aber müsse im Volke die Begierde gegen Heer- und Marine anwachsen, wenn man sehen müsse, daß trotz aller Beteuerung der Verwaltung Vorgänge, wie die jetzt wieder zur Sprache gebrachten, sich immer neu wiederholen.

Genosse Eggerstedt verlangte vom Minister eine Antwort auf seine gestrige Frage, wie der Minister zu dem monatelang währenden Boykott von Kinos stehe, in denen früher einmal der Potemkin-Film gezeigt worden wäre.

Reichswehrminister Dr. Gessler antwortete: Mit diesem Boykottbefehl sei er bisher noch nicht befaßt gewesen. Er werde die Angelegenheit prüfen und „in Ordnung bringen“. Im übrigen möchte er die Gerüchte zurückweisen, als sei der Finanzminister mit dem Wehretat nicht einverstanden.

Beim Kapitel 2: Kommando- und Behörden usw. wird vom Genossen Kuhn ausführlich ein sozialdemokratischer Antrag begründet, der den stark überhöhten Offiziersstand dadurch abzubauen will, daß 2 Vizeadmirale, 7 Konteradmirale, 22 Kapitäne zur See, 17 Fregattenkapitäne, 73 Korvettenkapitäne, 10 Marinefestsärzte und 139 Kapitänleutnants als „künftig wegfallend“ bezeichnet und die wegfällenden Stellen bei den Leutnants und Oberleutnants hinzugefügt werden sollen. Der Antrag wurde an den Unterausschuß verwiesen.

Eine Entschliebung der Abgeordneten Könnenburg und v. Richthofen (Dem.), worin die Reichsregierung ersucht wird, mit dem

nächstjährigen Haushaltsplan einen wesentlich vereinfachten Verwaltungs- und Organisationsplan für die Reichsmarine vorzulegen, wird angenommen. Gleichzeitig angenommen wird eine Resolution Stücklen, in den einzelnen Marinestandorten die Verwaltung, Unterkunft, Verpflegung, Kasernen und Rechnungswesen usw. unter einen Leiter zur Verbilligung zusammenzufügen.

Eine ausführliche Aussprache entspann sich sodann über die Verletzung des Budgetrechts, die durch die Marineleitung dadurch geschehen ist, daß die Marineschule in Friedrichsort trotz der Ablehnung des bezüglichen Etatsstills im Nachtragshaushalt 1926 durch den Reichstag Ende des Jahres 1926 doch durch die Marineleitung eröffnet worden ist. Die beiden Referenten, Genosse Stücklen und Abg. Erling (Z.) erhoben den Vorwurf, daß die Verrechnung der aufgewandten Mittel nicht korrekt geschehen sei und daß eine Verletzung des Bewilligungsrechts des Reichstages vorliege. Dieser Kritik schlossen sich an die Abgg. Schulz-Bromberg (Dnat.), Dr. Cremer (D. Sp.), Könnenburg (Dem.) und Genosse Heimann. Demgegenüber erklärten der Minister Dr. Gessler und der Chef der Marineleitung Zenker, daß die Marineleitung guten Glaubens gehandelt hätte, daß ihr jede Absicht ferngelegen habe, den Reichstag zu hintergehen und sich über in ausführlichen Darlegungen den ganzen Verlauf der Angelegenheit. Um sie auch nach der eintretenden Seite genau zu klären, wurden die betreffenden beiden Titel dem Unterausschuß wieder überwiesen.



Siehe, wenn Gering gegeben, kann, wenn P. K. gegeben, wie lange kann, wird lange leben.

Angenehm duftender Atem ist ein sicheres Zeichen eines gepflegten Menschen — man kaue P. K.-Kau-Bonbons, besonders nach den Mahlzeiten und nach dem Rauchen und Trinken.

Die Gewohnheit, P. K.-Kau-Bonbons zu kauen, sollte besonders auch bei Kindern unterstützt werden, weil es viel beiträgt zur Reinhaltung der Zähne und der Mundhöhle und zur Befestigung des Zahnfleisches.

G. K. 2

WRIGLEY P.K. KAUBONBONS

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Überall erhältlich

WRIGLEY P.K. KAUBONBONS

FABRIK: WRIGLEY A.G. FRAJKFURT a. M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unter Vorlage der Dredner

Max Brodke
am 24. Februar gestorben ist.

Seine letzten Absichten!

Einäschung am Montag, dem 26. Februar, abends 6½ Uhr, im Krematorium Friedrichshagen.

Bitte Beteiligung ermahnt

Die Ortsverwaltung.

Kurhaus Clauthal
in Kellinghusen (Mittelholstein)

herrlich gelegen, großer, schöner Garten, geräumige, sonnige Glasveranda, helle Fremdenzimmer, gemütliche Aufenthaltsräume, Zentralheizung, Winter und Sommer geöffnet. Pension 4,50 Mk. ohne sonstige Nebenkosten. Näherer Auskunft erteilt

Hauptaussschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8

Gewinn-Anzug

5. Klasse 23. Preussisch-Sächsische (254. Preuss.) Klassenloserte
14. Ziehungstag 24. Februar 1927, nachmittags
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

| | |
|--|------------------------------------|
| 2 Gewinne zu je 100000 RM. | 342416 |
| 2 Gewinne zu je 5000 RM. | 166334 |
| 4 Gewinne zu je 3000 RM. | 41882 299180 |
| 8 Gewinne zu je 2000 RM. | 108524 226383 237144 274583 |
| 24 Gewinne zu je 1000 RM. | 22201 55887 112171 143881 176803 |
| 203257 204703 269022 268006 313520 323881 328017 | |
| 72 Gewinne zu je 500 RM. | 400 2906 16815 27107 33510 35321 |
| 43746 48428 64881 74046 130879 151368 159282 159288 159508 | |
| 162750 190794 198621 197174 201240 222287 225544 225619 | |
| 236363 238255 247658 254423 257833 270136 286111 291768 | |
| 591783 300661 323887 331296 345493 | |
| 188 Gewinne zu je 300 RM. | 1830 3687 4708 5152 6404 6887 7638 |
| 14067 15886 18245 19188 23027 26930 29900 32235 33645 42572 | |
| 48204 49096 52823 54887 60709 62006 62124 62514 67437 68142 | |
| 82661 78929 78475 80244 86259 86337 93197 94407 97288 101890 | |
| 110189 115382 125548 127759 130673 132334 136744 148327 | |
| 152156 156108 157496 168225 178882 177315 198999 201858 | |
| 207830 209909 213385 214565 214856 216907 222708 223102 | |
| 232824 232714 234837 236739 240784 241327 248826 247886 | |
| 252285 260685 265078 272788 275136 282782 293120 293582 | |
| 298173 298882 300016 306414 309799 313874 322313 323031 | |
| 324380 326844 326968 330222 334604 338153 338610 340677 | |
| 344130 | |

15. Ziehungstag 25. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

| | |
|---|--------------------------------------|
| 4 Gewinne zu je 5000 RM. | 56512 156988 |
| 8 Gewinne zu je 3000 RM. | 168063 193431 193533 291723 |
| 20 Gewinne zu je 2000 RM. | 4897 30832 123797 156996 197249 |
| 197467 209122 226749 233067 269083 | |
| 30 Gewinne zu je 1000 RM. | 62906 60416 72050 109889 123106 |
| 138119 141174 159337 229175 294618 299930 308229 332248 | |
| 334117 338828 | |
| 70 Gewinne zu je 500 RM. | 1985 4107 42218 48728 56044 69591 |
| 76637 77178 82065 83150 88494 91303 99142 105852 107423 | |
| 134181 135280 135693 158894 166340 171519 172114 186195 | |
| 204287 210570 211402 251291 295509 297903 300213 318182 | |
| 319089 329490 328399 341609 | |
| 182 Gewinne zu je 300 RM. | 1153 3032 3309 6230 7349 12488 24013 |
| 27545 28636 29457 31785 39080 47156 48206 48496 51128 52968 | |
| 60485 63430 70405 70847 72882 76204 78151 78405 81370 84230 | |
| 89901 91007 96145 105234 108345 108045 124304 131123 131586 | |
| 132313 132827 137861 145467 148552 152470 152631 184143 | |
| 155083 158942 158010 182992 186356 174238 174633 177849 | |
| 182811 184538 189060 191789 192656 195280 197270 202289 | |
| 205274 207560 208314 218353 220772 228915 229085 231776 | |
| 253209 256105 261781 264582 268367 274550 275582 278959 | |
| 284775 285546 286787 295407 297286 300189 302125 304177 | |
| 318909 321223 322067 331071 332817 333240 334964 | |

6,90 **10** **8,90**

Warum gerade in dieser Woche so billig?

Der Wechsel der Schuhmode fordert raschen Umsatz — Sie finden bei uns jede Woche Neuheiten

Darum greift zu!

Norden: Chausseest. 22 Ecke Invalidenstr.

Schöneberg: Hauptstr. 160 Ecke Stubenrauchstr.

ROMEO

Osten: Frankfurter Allee 54 Ecke Kreuzzigerstr.

Westen: Linkstr. 13.

Arbeiterdichtung.

Von Werner Jacobi.

Das Wort Arbeiterdichtung wurde im Kriege geprägt, als Ausdruck der Ehrung. Karl Bröger, Max Barthel, Heinrich Lerch galt es, deren Verse Brücken schlugen, ein Volk in schwerer Zeit zu einen. „Stimmen der deutschen Arbeiter“ sang es begeistert. Ein Neues, bisher nie Bekanntes, kündete sich da an. Was galt es vor dem, wenn einmal irgendwo und irgendwann ein Arbeiter dichtete und schrieb. Entweder, und das wohl zumeist, schrieb man ihn tot, oder irgendeine Literaturgeschichte reichte ihn ohne besondere Hervorhebung seiner Herkunft ein. Dann aber kam jene Wendung. Das Wort, der Begriff Arbeiterdichtung entstand. Und blieb bis in unsere Tage in Geltung. Die literarische Welt hat sich daran gewöhnt, daß auch ein Maurer oder Bergmann, ein Kesselschmied oder Ländler, Worte elementarster Dichtung, Verse glänzendster Diktion zu schreiben vermögen.

Ramen wie Bröger, Barthel und Lerch, Engelke, Fährhold oder Brezgang sind nicht mehr unbekannt. Und auch die Jüngeren, die der Arbeiterschaft verbunden, schüchtern und zaghaft erst in Zeitschriften und kleinen Schriften Proben ihres Könnens ablegten, begannen sich von Arbeit zu Arbeit durchzusetzen; eines der stärksten jungen Talente, Kurt Kläber, wird noch in diesem Jahr mit einigen größeren Werken, die zu den stärksten Hoffnungen berechtigen, in einem unserer gelungreichsten Verlage hervortreten. Hennicke, Wohlgenuth, Wieprecht sind Namen, die ebenfalls bereits guten Klang besitzen. Nicht immer sehen wir bei allen eine einheitliche Willensrichtung, nicht überall ist ihr Signal Kampf. Und damit kommen wir auf das Grundwichtigste unserer Betrachtung: Was ist Arbeiterdichtung, wenn sie gesondert von der sonstigen Literatur bestehen soll, Wert für die Arbeiterschaft, aus dem Erlebnis der Arbeiter heraus geboren sein, oder genügt die proletarische Herkunft eines Dichters, ihn in diese besondere Art der Literatur einzureihen. Wir glauben das erstere ist Erfordernis! Denn was soll sonst die Besonderheit des Ramens andeuten, wo soll da Ziel und Grenze gesucht werden? Wäre sonst nicht jeder Dichter, der sich berufen glaubt, Liebesepik oder Wald- und Wiesenromantik zu schreiben, nur weil seine Wiege im ärmlichen Hause gestanden hat, schlechthin Arbeiterdichter? Sicherlich! Und darum müssen wir unter Arbeiterdichtung „Dichtung der Arbeit“ verstehen. Darum konnte Arbeiterdichtung erst sein, als es Rinder und Propheten gab, die Strömungen nach neuen Kulturformen in der Arbeiterschaft zuerst verpönten und ihnen Ausdruck verliehen. Darum hat es Arbeiterdichtung schon vor dem Kriege gegeben. Lange bevor man ihren Ehrennamen prägte, gab es Arbeiterdichtung in dem von uns gemeinten Sinne.

Bei Turgenjew und Eggerion, bei Stram und Hermann Bang schon schwang — stärker als in Ibsen und Björnson — Wissen um das soziale Problem, Versehen materiellen Glanz großer Menschenschichten mit. In Deutschland gab es einen Gerhart Hauptmann und V. no Holz, die aus dem sozialen Elend ihre Stoffe gestalteten. Jedoch Darstellung, Widerspiegelung eines Lebensgefühl, das im Proletariat verwurzelt war, gaben sie nicht, konnten sie nicht geben; ihr soziales oder revolutionäres Element hätte künstlich, gesucht literarisch sein müssen. Erleben aus eigener Not wäre das nicht gewesen, und so zeigt sich hier die Grenze des Begriffes Arbeiterdichtung, in dem selbst so eminent revolutionäre Gestalten wie Reher, Mühsam und Paquet nicht einbezogen werden können.

Arbeiterdichtung, das ist nicht rührselige Ergriessenheit über ein Schicksal, ist nicht das ehrliche Mitleid mit sozialem Elend, wenn es nur Ergriessenheit, nur Mitleid allein ist. Arbeiterdichtung, das ist aus eigenem Erleben erwachsene, hämmernde, zuckelnde, willensmäßige Ausdrucksform, frei von artistischer Uebersteigerung oder literarischer Spekulation, ist Bekenntnis, Verbundenheit, Bekenntnis und Verbundenheit zu den Massen der Frontenden, Glaube an sie und ihre Zukunft.

Darum kann Arbeiterdichtung nicht frei sein von Anklage und Diesseitigkeit. In ihrer Besonderheit ist es gerade, daß sie ihre Stoffe nicht im Metaphysischen noch im Einzelneben sucht und findet, sondern Menschenschicksale sieht und gestaltet. Das schließt keineswegs aus, daß Bröger und Barthel, Zech und die anderen nicht auch von Liebe und Landschaft schreiben, das preßt ihre Dichtung in keinen dogmatischen Rahmen. Stets sind ihre Stimmen Stimmen aller. Denn schließlich — das halte man kritiker an ihrischen Arbeiten Brögers oder Barthels entgegen — gibt es auch in der Dampfkraft der Masse noch anderes als Schrei des Geknechtselns. Doch diesen gibt es auch! Ihn gibt es, und die vornehmste Aufgabe der Arbeiterdichtung ist es, ihm die Form der Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die Arbeiterdichter sind die Anwälte der Scharen derer, die sie stolz ihre Brüder nennen, Former des Gefühls von Millionen, Sänger der Arbeit und des Arbeiters, Rinder eines proletarischen Lebensgefühls, dem sie Geltung verschaffen, das sie wecken und ausbilden wollen. Eines Lebensgefühls! Denn wäre das nicht, so hätte jedwede Dichtung der Arbeit zu bloßer Tendenz herab, so müßte sie gesucht, gekünstelt sein, ohne Impuls, ohne Erlebnis und Glaubwürdigkeit. Die Heiligkeit der Arbeit, aber auch die Heiligkeit des Menschen können diese an, wie sie Lerch uns beispielsweise schenkte:

So red dich auf — sei stark und groß, Prolet —
Und schau in Brücken, Häusern und Maschinen,
Da kreist dein Blut, der Welt zu dienen.
Du hältst in deinen starken Händen,
Das Weltgeschehen: dich selbst zu schenken. —
— Wenn einste die Welt dich und dein Tun verfehlt,
Bist du erfüllt. Es kommt dein Tag, Prolet!

Oder man höre die aus der Tiefe des Menschlichen kommende Klage Kläbers

Wir sind der Tiefe müde
Wir sind des Opfers leid.
Auch wir, wir wollen Frieden
Und eine bessere Zeit.
Wir wollen nicht als Räuber
Nur in die Erde gehn.
Wir wollen froh wie früher
Auch Tag und Sonne sehn.
Wir bitten nicht und hoffen
Wir sind dazu zu alt.
Sagt alle Tore offen,
Ist nicht werden wir Gewalt.

Das ist nicht Aufruhr! Das ist nicht Klassenhaß; das ist klammernder Schrei nach Menschsein, nach Freiheit und Gerechtigkeit. Das ist Wille von Millionen, der gehört sein will. Die Tore zu menschlicherem Dasein sollen geöffnet werden. Ja das ist Anklage, das ist Forderung, innerstes Lebensmoment der Arbeiterdichtung! Ist Verlangen nach Gestaltung neuen Seins, das Bröger in einem Gedicht einmal so formte:

Ja, so wird es einmal sein:
Die Fabrik zu unsern Füßen
muß uns als Gebieter grüßen,
und wir schreiten froh hinein,
Walzen, Räder, Transmissions,
decken sinnvoll ihre Kreise,
singen eine neue Weise,
summen einen hellen Ton.

Guch Maschinen Gruß und Dank
für das fleißige Bewegen
unser eiserne Kollegen
seid ihr stählern, stark und blank
Eure Kräfte, unser Hirn,
Eng vereint zu großen Taten,
lassen eine Welt geraten . . .
Eure Kräfte, unsre Stirn.

So ist Arbeiterdichtung nicht nur Reflexion, nicht nur Widerspiegelung eines Lebens, sondern auch Sicht in die Zukunft, religiös-visionär und erdhast-gebunden zugleich.

Sie will aufmerksam machen auf Dinge, die im Alltag unbedeutend erscheinen, will aufrütteln, wachhalten, zugleich aber von der Seele, dem Wert der Arbeit und des Arbeiters künden, erkennen lehren, daß wie Kläber einmal sagt, die Arbeit — nur die Arbeit — das Tragende und Erfüllende dieses Lebens ist.

Unsere Marine.



„Mannschaften sind vorhanden 3073, Gefreite und Obergefreite 3062, Matrosen und Obermatrosen 3026“ (abg. Gen. Stätten in Reichshaushalts-Versammlung vom 24. 2.)

Die deutsche Marine, als sie noch kaiserlich war, wurde „Willis Spielzeug“ genannt. Willis ist weg. Das Spielzeug ist geblieben.

Die Hilfeleistung.

Von Albert Jean.

Aus einem Einschnitt des Gebirges stiegen zwei langgestreckte, niedrige Gebäude auf. In rechtwinkligen Linien schüßen Rosenkränze großer Steine die Dächer vorm Raubgriff der Stürme. Sie erschienen ganz plötzlich an der Kehre des steilen Pfades. Harte Arbeit hat die Flanken der hänge ringsum verbessert. Einige Birnbäume und drei Dutzend Pflaumbäume stehen auf dürftigem, von einer schmalen Wasserlinie quer durchschnittenen Kleeeld. Beim Nahen eines Fremden flüchtet grunzend ein Mutterchwein, hinter ihm die Ferkelschar.

Zwischen zwei Felsen duftet ein Düngerhaufen.

Ein wilder, jäher, überlieferter Haß trennt die beiden Familien, welche hier eine Schicksalslaune, einander gegenüber, angelehnt hat. Die Fraissiauges sind Katholiken, die Basseur Hugonotten. Und zwei ihrer Vorfahren hatten sich einst in jene hartnäckige Feindschaft verhasst, die unter Bauern ganze Rassen vergiften kann.

Dieses dauernde Voreinander-auf-der-Hut-sein verbrauchte die Kräfte beider Familien. Wenn die Basseur die Fraissiauges trafen, kreuzten sich ihre Blicke wie Degen, und seit Menschengedenken hatten diese Einsamen die brüderliche Geste des Händedrucks vergessen.

Die in dieser Gebirgspalte hausten, lebten in einem Abwehrzustand. Nur am Sonntag stiegen sie ins Dorf hinab, auf einem Pfad, wo selbst die Maultiere Gefahr liefen, sich die Knochen zu brechen; wenn der Schnee die Wege verweichte, vergruben sich die Basseur und die Fraissiauges lange Wochen in ihren dumpfen Häusern wie in der Tiefe zweier Keller.

Eines Nachts starb der älteste Sohn der Fraissiauges. Eine Viper hatte ihn beim Nähen des Grotes in die Wade gestochen, und abgleich er auf der Wunde das Pulver einer Patrone zur Explosion drückte, drang doch das Gift in sein junges Blut; er erbeute wie ein Tier, die Tröstungen seiner Religion konnten ihn nicht erreichen.

Bis zum dämmernden Morgen wachten der Vater und der jüngste Sohn bei der Leiche, während die Mutter, weinend, in einem Longschirtz Kaffee trank und eine gelbe, tröpfelnde Kerze zu Haupten des Totenbettes anzündete.

Es wurde Tag. Der Hühnerhof begrüßte ihn mit seinem frühlichen Rhythmus. Und wäre nicht der geschlossene, die Front verdeckende Boden gewesen, man hätte geglaubt, das Gut erwache zu seinem gewohnten Leben.

Vater Fraissiauges zog sein schönstes Habit an, kurze schwarze Jacke, prächtigende Hose; quer über der Weste prangte seine schwere Silberkette. Einen schmalen Schlips hatte er nach Art eines Senkels um den Hals gebunden. So ausgestofft schritt er auf das feindliche Anwesen zu. Basseurs Tochter — sie schweuerte gerade den Schweinetrog aus — sah sofort ihren Vater von dem überraschenden Besuch in Kenntnis.

Basseur, der sein Gewehr polierte, stellte es beiseite und trat in das niedrige sonnarige Zimmer, wo die Uhr in ihrem blühenden Gehäuse die Zeit hämmerte. Steif postierte er sich vor dem Herd. Nachdem Fraissiauges laut an die Tür geklopft, kam er herein. Er zog den Hut, blickte Basseur gerade ins Auge und sagte:

„Der Sohn ist gestorben!“

„Ah!“

Beide schwiegen einen Moment.

„Morgen wird er heruntergeschafft?“ fragte Basseur.

„Ja.“

„Um welche Zeit?“

„Um sieben.“

Ein Kopfnicken des Hausherrn drückt aus, daß er verstanden hat. Fraissiauges dreht sich auf den eisenschlagigen Abfögen herum und geht, ohne ein Wort zu sagen.

Den ganzen Tag hobelte er im Schuppen und paßte die Sargwände zusammen. Der Geruch frischen Harzes kitzelte seine Nase. Der zweite Sarg reichte ihm stumm die großen Nägel, immer einen nach dem andern. Abends war der Sarg fertig.

Die Wanduhr schlug sieben: da trat Basseur und sein Sohn ins Trauerhaus. In schwarzen Feiertagsanzügen. Aber Krawatten aus feuerrotem Satin kennzeichneten sie sichtlich als Fremde.

Der Vater und der Sohn saßen den auf einem Schragen stehenden Sarg beim Kopfende an, Basseur und sein Sohn unten. In einmütiger Anstrengung hoben die vier Männer die Kiste und verteilten das Gewicht gleichmäßig auf ihre Schultern. Die verschleierte Mutter folgte und weinte still. Der am Tage zuvor von ihr verständigte Pfarrer erwartete den Zug am Dorfeingang. Der Bürgermeister, der bei Ausfertigung der Sterbeurkunde sehr zuvorkommend gewesen, unterhielt sich eifrig mit dem Einnehmer, dem Tabakhändler und dem Brigadier. Allgemein wurde der Arzt laut getadelt, der für seine Befehle jetzt hundert Sous verlangte.

„Bei dem Preis muß man sich glatt sterben lassen.“ erklärte der mit einer vielköpfigen Familie gefegnete Jüngling. Der kirchliche Akt war kurz, wie es für Zeremonien armer Leute paßt. Die Basseur, Hugonotten, rauchten — unter dem Portal auf das Ende wartend — eine Zigarette. Dann spukten sie tüchtig und traten wieder als Träger zu Füßen des Sarges an.

Der Leinwandträger verließ seinen Dienst. Wie nutzlose Saat fiel die Kiste in die Erde.

Das Trauergeleit verließ den Friedhof: der Wind rüttelte heftig am Gitter; Schlag gegen die verrosteten Eisenstäbe.

„Wir danken schön für die Hilfeleistung.“ sagte Vater Fraissiauges.

„Auf Gegenseitigkeit!“ erwiderte Vater Basseur.

Und die feindlichen Familien stiegen zu ihren Zwillingshäusern, auf getrennten Pfaden, empor.

(Berechtigte Uebersetzung von Johannes R u d e.)

Die vier Blutgruppen.

Die wertvollen Erfahrungen, die in den letzten Jahren bei Uebersetzung von Blut von einer Person auf die andere, sei es aus Anlaß von Unglücksfällen, sei es aus anderen Gründen, gemacht worden sind, haben dazu beigetragen, uns sehr weitgehende Klarheit über die Möglichkeit der Feststellung der Elternschaft von Kindern zu bringen. Noch vor wenigen Jahren war es unmöglich, mit einiger Sicherheit festzustellen, ob jemand der Vater eines bestimmten Kindes sein kann oder nicht. Die medizinische Wissenschaft stand diesem Problem machtlos gegenüber, da keine Methode bekannt war, die eine sichere Bestimmung zuließ.

Bei den neueren Erfahrungen nun, die insbesondere in Amerika mit der Blutübertragung von einem Menschen auf den anderen gemacht worden sind, zeigte es sich, daß das menschliche Blut bestimmte Substanzen enthält, die mit den roten Blutkörperchen in einem bestimmten Zusammenhang stehen. Es ergab sich dann, daß sich die Menschen ganz allgemein in vier Blutgruppen unterteilen lassen, und zwar in der Art, daß immer nur das Blut von Angehörigen bestimmter Gruppen aufeinander übertragbar werden konnte. Außerdem wurden Methoden zur Feststellung der Blutreaktionen der einzelnen Gruppen aufeinander ausgearbeitet. Seit diesen Jahren war auch beobachtet worden, daß sich die einzelnen Menschen durch die Art der Reaktionen ihres Blutes gegenüber dem Blut anderer Menschen unterscheiden. Diese alten Erfahrungen sind nun durch neuere Forschungen ergänzt worden, die gezeigt haben, daß in gewissem Umfange die Blutgruppenvererbung vererblich ist. Gehören beide Eheleute der Gruppe eins an, so können nur Kinder erzeugt werden, die gleichfalls Angehörige der Gruppe eins sind. Bei Ehen zwischen Angehörigen der Blutgruppen eins und zwei können die Kinder sowohl der Blutgruppe eins wie auch der Blutgruppe zwei angehören. Bei Ehen innerhalb der Gruppe zwei werden ebenfalls Kinder der Gruppe zwei erzeugt.

Diese Feststellungen sind in einwandfreier Weise gemacht worden, so daß es nunmehr sehr leicht möglich ist, durch sehr leichte Proben festzustellen, welcher Blutgruppe eine bestimmte Person zuzuteilen ist. Zu diesem Zweck wird das Blutserum des zu untersuchenden Kindes mit den Blutproben bekannter Gruppen verglichen und ebenfalls das väterliche Blut. Leider läßt sich noch nicht mit voller Bestimmtheit sagen, ob jemand mit Sicherheit als der Vater eines bestimmten Kindes mit Rücksicht auf die Blutprobe allein angesprochen werden kann. Doch kann über jeden Zweifel erhaben festgestellt werden, daß jemand nicht der Vater eines bestimmten Kindes sein kann, so daß also ein großer Schritt vorwärts getan ist, um das Problem der Vaterschaft nach wissenschaftlichen Grundfragen zu lösen. In den Vereinigten Staaten haben diese Blutproben viel Unglück und vorzeitiges Urteil verhütet und auch in manchem Prozeß eine interessante Rolle gespielt.

Wenn Hunde träumen . . . Der Traum ist durchaus kein Vorrecht des Menschen, sondern gute Beobachter haben bemerkt, daß auch der Hund, der treue Gefährte des Menschen, ein reiches Traumleben hat. „Hunde träumen nicht nur, sondern sie „sprechen“ auch aus dem Schlaf.“ schreibt ein englischer Hundefreund, W. Redpath-Scott. „Rein alter fischelhaarer Terrier hat lebhafteste Träume, wenn er sich nach langem Umherstreifen im Feld auf seinen Teppich niederlegt. Ja, die Träume sind manchmal so aufregend, daß er von ihnen aufwacht. Zuerst jappst er in einer halb unartikulierten Weise, wie unter dem Druck eines Albs, aber allmählich gewinnt er seine Stimme im Traum und bellt ganz deutlich, wobei er alle seine vier Füße gewaltsam von sich streckt, wie wenn er fortlaufen wollte. Wahrscheinlich jagt er in seinem Traum ein Kaninchen oder eine Katze. Manchmal kämpft er in seinen Träumen mit anderen Hunden. Ein dumpfes Wurren bringt tief aus seiner Kehle; er stößt seine Zähne und spannt seinen schlanken Körper, wie wenn er sich aus den Klauen eines Feindes befreien wollte. Ein andermal sind seine Träume vergnüglicher Art, denn er dehnt sich behaglich, und seine schmalen Lippen träufeln sich wie zu einem leichtem Lächeln. Daß Hunde öfters von ihren Herren oder Herrinnen träumen, scheint sehr wahrscheinlich. Der bekannte Naturforscher James Gardener, der sein ganzes Leben lang seine Hunde studiert hat, erzählt in einem seiner Bücher: „Wenn mein Hund vom Schlaf aufwacht, so sehe ich aus der Art, wie er mich anschaut, daß ich ihn in seinen Träumen begegnet bin.“ Gardener war auch fest davon überzeugt, daß Hunde in ihrem Charakter ihrem Herrn ähneln. „Kein schlechter Mensch kann einen guten Hund besitzen“, pflegte er zu sagen. Je älter der Hund wird, desto mehr träumt er. Junge Hunde, wenn sie nicht sehr nervös sind, schlafen meist ruhig. Aber die betagten Herrschaften des Hundegeschlechts lehren in ihren Träumen immer wieder zu den seligen Gemohnheiten ihrer Jugend zurück, jagen Hasen und Kaninchen in christlichen Gesilden und jechten Sträuße mit anderen Hunden aus.“

Kriegsbeschädigte Frauen. In der über eine halbe Million betragenden Zahl der deutschen Kriegsbeschädigten befinden sich auch 1150 Frauen. Es dürfte sich dabei wohl hauptsächlich um die Opfer von Fliegerangriffen und ähnlichen kriegerischen Ereignissen handeln.

